

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboonimentspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pf. egl. Bestellgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 8—7 Uhr abends.

Inserate werben die 5 gefaltete Zeitseite über deren Raum mit 25 Pf. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Die politische Lage in Oberschlesien.

\* Leipzig, 5. August.

Man schreibt uns aus Oberschlesien:

In den letzten Wochen ist hier mit einer Deutlichkeit, wie sie nicht besser gewünscht werden kann, die Thatache hervorgetreten, daß ein friedliches Zusammenarbeiten der deutschen Genossen mit den polnischen Genossen unmöglich ist, wenn in der Tatsik der Polen nicht ein volliger Wandel eintritt.

Die Abhaltung der Parteikonferenz in Owiencim am 13. v. M., von der den deutschen Genossen vor ihrer Abhaltung nicht ein Wort gesagt worden und zu der trotz des Auftrages des polnisch-sozialistischen Parteivorstandes der Führer der oberschlesischen deutschen Genossen, Winter, nicht eingeladen worden war, war zweifellos eine unüberlegte Handlung — war sie überlegt, so wäre sie noch ganz anders zu beurteilen — mit der sich die polnischen Genossen ebenso zweifellos und offenbar ins Unrecht gesetzt haben. Wir wollen sie um diese Situation nicht beneiden, fürchten aber, daß sie sie nicht einmal verstehen, sondern in der Auffassung und Absicht begangen haben, zuerst Kandidaten nach ihrem Wunsch aufzustellen, den deutschen Genossen dadurch zuvorzugzulernen und die deutschen Genossen dann auszusuchen. Politische Handlungen sind keine Kinderspiele; wenn aber die führenden polnischen Genossen Oberschlesiens geslaubt haben, dazu berechtigt zu sein, in acht oberschlesischen Wahlkreisen nicht nur über die führenden deutschen Genossen, sondern auch über die deutschen Sozialdemokraten überhaupt, ja über die Köpfe der polnischen Genossen hinweg, Kandidaten aufzustellen, dann ist allerdings die Annahme gerechtfertigt, daß in Owiencim politische Kinder die Geschäfte der polnisch-sozialistischen Partei in Oberschlesien besorgt haben. Und in der That scheinen die Geschäfte der Owiencimer Konferenz in den Händen von Leuten gelegen zu haben, denen die Bedeutung politischer Handlungen noch nicht genügend zum Bewußtsein gekommen war. Die sechs Genossen, denen die Leitung der Konferenz anvertraut war, sind in ganz Oberschlesien völlig unbekannte Leute; sie können sonst und sonders nur seit ganz kurzer Zeit in Oberschlesien sein oder hier sich an der Bewegung beteiligt haben.

Seit dieser Owiencimer Konferenz hat das Verhalten der polnischen Sozialdemokraten in Oberschlesien allerlei Besprechungen und Berichtigungen in der Parteipresse, insbesondere im Vorwärts, herbeigeführt. Die Berliner polnischen Genossen versuchten unter Führung des Genossen Verlus die klaren Thatachen, die nicht zu Gunsten der polnischen Genossen sprechen, zu verschleiern. Da hieß es, Genosse Winter sei selbst schuld, wenn er an der Owiencimer

Konferenz nicht teilgenommen hätte — wozu wäre das übrigens gut gewesen? — wobei die bekannte Thatsache unterschlagen wurde, daß eine Einladung an Genossen Winter nicht ergangen war; die Redaktion des Vorwärts selbst wies diese Thatachenfälschung des Genossen Verlus zurück.

Man konnte nun, wenn man noch hoffte, daß die polnischen Genossen ihr Unrecht wenigstens teilweise einzehlen würden, erwarten — zumal bei der an den Tag gelegten Bereitwilligkeit der deutschen Genossen, die wichtige Reichstagswahlfrage mit ihren polnischen Brüdern zusammen zu lösen — daß die Polen, deren Vorstand anerkanntermaßen mit ihren Beschlüssen nicht einverstanden war (worüber Belege vorhanden sind) mit den deutschen Genossen die Beschlüsse von Owiencim der wohlverdienten Revision unterwerfen würden. Hier lag der einzige Weg zur Korrektur der Beschlüsse.

Es ist, zunächst wenigstens, anders gekommen. Nachdem das Organ der polnischen Sozialisten in Deutschland, die Gazeta Robotnicza, die ersten Erörterungen über Owiencim ruhig eingestellt hatte, anscheinend, weil eine anständige Abwehr nicht möglich war, veröffentlicht sie in Nr. 31 vom 2. August eine „Erklärung“, die nach ihrer Unterzeichnung von einer „Central-Agitationskommission“ in Oberschlesien stammt, als deren Schriftführer ein Genosse Wojciechowski sich ansieht.

Diese Erklärung lautet folgendermaßen:

Die Konferenzbeschlüsse der polnisch-sozialistischen Partei in Owiencim vom 13. vorigen Monats betr. der Auflistung der Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen in acht oberschlesischen polnischen Wahlkreisen gefieln weder den hiesigen deutschen Genossen noch dem Centralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Diese Angelegenheit rief eine ganze Reihe Verüchtigungen her. Um diesen Verüchtigungen ein Ende zu machen, erklären wir: Ein nach Berlin zur Verständigung mit dem Parteivorstande abgesandter Vertreter erklärte nach seiner Rückkehr am Freitag den 4. Juli den hiesigen Genossen, daß Dr. Winter an den Vorstand eine Einladung geschickt habe, damit dieser auf die deutsche Konferenz Gäste schicke. Ferner erklärte der Vertreter, daß der Vorstand den Wunsch ausgedrückt habe, daß Dr. Winter zur Owiencimer Konferenz geladen werde. Wegen der Form, in der Dr. Winter die erwähnte Einladung an den Vorstand geschiekt hatte und wegen seines gegnerischen Verhaltens zur sozialistischen Organisation des arbeitenden polnischen Volkes hielten es die hiesigen Genossen für richtig, Dr. Winter zur Owiencimer Konferenz nicht einzuladen. Um weitere Mißerständnisse zu verhindern, erklären wir, daß Kandidaten der polnisch-sozialistischen Partei sind: für Kreuzburg-Rosenberg: Genosse Verlus; für Oppeln: Gen. Krabatksi; für Groß-Strehlitz-Kotel: Gen. Bisniuskiertowicz; für Lublinitz-Lost-Gleiwitz: Gen. Verlus (hier war Genosse Winter von den Polen, gegen ihre eigenen Grundsätze, aufgestellt worden; die Kandidatur ist jetzt, anscheinend von der Centralagitationskommission, ebenso willkürlich geändert

\* Ohne nähere Angabe unverständlich.

„Lassen Sie mich in Ruh — ich sag es Ihrer Mutter!“

„Das lassen Sie lieber sein, der hab ich entschieden mehr zu sagen!“

Sie brach in ein trockenes, wütendes Schluchzen aus, mit der Faust stieß sie ihn vor die Brust, daß er zurücktaumelte.

„Donnerwetter! Bertha, seien Sie doch vernünftig, sonst —“

Er riss ihr die Thür, die sie hinter sich zuziehen wollte, aus der Hand.

Sie riss sie wieder an sich.

Das Licht, das bis dahin auf dem Buffett gesplattet, erlosch plötzlich stinkend; es war nur ein Stümphen gewesen.

Stockdunkelheit.

Ohne Laut, die Zähne zusammenbeißend, alle Kraft entwindend, suchte sie ihre Thür zuzudrücken.

Er brachte dagegen. „Bertha,“ flüsterte er drohend, „ich sag's!“

Keine Antwort. Verzweifelt strengte sie sich an. Jetzt schnappte die Thür ins Schloß — jetzt schob sie innen den Riegel vor — sie lachte kurz auf. Möchte er klopfen!

Aber die Knie zitterten ihr, wankend sank sie auf den Haufen der gebrauchten Tischwäsche, der hier am Boden lag. Sie lauschte — was machte er jetzt draußen?

Sie hörte ihn davon schleichen. Lange danach erst kroch sie in ihr Bett zurück und zog sich schaudern die Decke bis hoch hinauf. Ihr Atem flog, ihr Kopf glühte, rasend pochte ihr Herz — ob er sie verriet?

Sie mußte ausdenken, wie sie ihn verschwiegen machen, ohne sich doch allzuviel zu vergeben.

worben, wie die erste aufgestellt wurde; die Gleiwitzer Genossen werden sich für die Kandidatur Verlus bedanken, wenn sie davon hören werden); für Beuthen-Tarnowitz: Gen. Broja; für Katowitz-Gleiwitz: Gen. Morawski; für Albnit-Plech: Gen. Broja; für Matibor: Gen. Morawski.

Ferner erklären wir, daß die polnischen Teile des polnischen Anteils (Polens!) das Thätigkeitsgebiet der polnisch-sozialistischen Partei sind und daß in Kreisen, in denen die polnische Bevölkerung überwiegt, nur die polnisch-sozialistische Partei das Recht hat, Kandidaten aufzustellen. Andererseits ist es Pflicht der deutschen Genossen, als der verschwindenden Minorität in den angegebenen Kreisen, bei der praktischen Vorbereitungsarbeit zur Wahl die Kandidaturen der polnisch-sozialistischen Partei zu unterstützen und nicht Gegenkandidaten aufzustellen.

Ebenlich erklären wir, daß sowohl dem Vorstand wie den Genossen in Oberschlesien von einer Einladung eines Vertreters der polnisch-sozialistischen Partei zur deutschen Konferenz im August nichts bekannt ist; in einer der leichten Nummern des Vorwärts war davon die Rede; niemand hat eine solche Einladung erhalten.

Zur thatächlichen Berichtigung dieser Erklärung sei zunächst bemerkt, daß ein Vertreter der polnisch-sozialistischen Partei zur Konferenz der deutschen Parteigenossen in Oberschlesien trotz der Leugnung der Gazeta-Erklärung stattgefunden hat. Wenn sie bisher wirklich weder dem polnisch-sozialistischen Parteivorstand noch den oberschlesischen polnischen Genossen bekannt geworden ist, so ist niemand anders schuld, als der eingeladene Vertreter, von dem vorausgesetzt werden mußte, daß er seine mit uns und unserem Parteivorstand vereinbarte Einladung seinem Parteivorstand und den von ihm vertretenen Genossen in Oberschlesien mitteilte; diese seine Unterlassung ist inzwischen von uns gut gemacht worden.

Der Gesamtinhalt der Erklärung ist sehr deutlich. Es drückt eine Überhebung der polnischen Genossen aus, wie sie bisher nicht erhört ist; sie ist ein klarer Ausdruck der von den Genossen Haase und Golde propagierten Ansicht, daß lediglich die Majorität der Bevölkerung in nationaler Beziehung zu entscheiden habe, die deutschen Genossen demnach nichts anderes zu thun haben, als für die Wahl der polnischen Kandidaten zu arbeiten. In vorwiegend polnischen Gegenden könne nur die polnisch-sozialistische Partei in Betracht kommen, nicht die deutsche Sozialdemokratie; beide Parteien seien, auch für den „preußischen Anteil“ (Polens, d. i. Oberschlesien bezw. dessen polnische Teile) zwei gesonderte Parteien. Nun ist das, was in Oberschlesien an Parteibewegung existiert, insbesondere das politische Leben im Industriebezirk, in den Wahlkreisen Katowitz-Gleiwitz, Beuthen-Tarnowitz, Lublinitz-Lost-Gleiwitz, in denen von 1893 bis 1898 die Wählerzahl von zirka 1000 auf über 20 000 stieg, ferner die Parteibewegung in dem sonst polnischen Kreise Matibor,

Und sie sahn und sahn; der Morgen graute längst, und noch war keinen Augenblick Schlaf über sie gekommen. Der Kopf schmerzte ihr, sie war wie zerbrochen an Leib und Seele. Halb triumphierte sie, halb fürchtete sie, und dabei mußte sie noch immer an das Stückchen Kuchen denken, das ihrer Hand entfallen war.

Die anderen aufstanden, würde sie da sein, es vom Teppich aufzulesen und es essen.

XV.

Der Winter war gekommen.

Bertha saß fröstelnd in der Küche, hatte sich ganz in einen Winkel gedrückt und horchte scheu auf jedes Geräusch in der Vorwohnung. Gott sei Dank, Herr Leo kam nicht den langen Gang herunter! Er hatte keine Ahnung, daß sie beide allein auf der Etage waren. Frau Selinger war zum Konzert gefahren, und die Kätzchen hatte sich nicht zurückhalten lassen, die Gelegenheit zu benutzen und auch auszugehn; sie wollte aber gleich wieder da sein.

Wenn sie doch käme! Bertha lauschte ängstlich; auf ihrem schmalen und zarter gewordenen Gesicht kam und ging die Farbe. Ihr Teint leuchtete förmlich, die Haut schimmerte durchsichtig; ihre Augen, von dunklen Ringen umgeben, schienen größer, aber der Blick war matt.

Sie war bleichflüchtig; Frau Selinger, besorgt um ihr hübsches Mädchen, hatte vom Hausarzt Eisentropfen verschreiben lassen, aber Bertha hatte sie zum Fenster hinausgeschossen und nur den Zucker, den man ihr zum Einnehmen gegeben, hinter den weißen Zähnen verschwinden lassen. Was sollten ihr wohl Eisentropfen helfen?

Wenn sie nur besser hätte schlafen können! Da lag sie des Nachts in steter Angst und horchte auf einen Tritt und schreckte zusammen beim leisesten Knistern der Tapete

## Seuilleton.

(Rechte verboten.)

## Das tägliche Brot.

Roman von Klara Biedig.

„Ich — ich —“ Bertha konnte nicht weiter sprechen; alle Farbe war aus ihrem Gesicht gewichen. „O bitte Herr Selinger,“ sagte sie mit aller Anstrengung, „bitte!“ Er stellte sich sehr zornig und konnte doch nicht umhin, über ihre Angst zu lächeln.

„Mama wird sich schon wundern,“ sagte er sanfter. „Sagen Sie nichts,“ ächzte sie, ließ das Stück Kuchen fallen und hob flehend die Hände. „Bitte, bitte!“

„Na, wir wollen mal sehen. Wenn Sie's nicht wieder thun —“

„Nein, nein!“ „Und mir versprechen —“ Er sprach nicht weiter, er musterte nur ihre notdürftig bekleidete Gestalt, der das schöne Blondhaar lang um die Schultern fiel. Seine Blicke glierten.

„Heute erst wurde sie sich ihres Aufzuges bewußt. Mit einem leisen Aufschrei flüchtete sie hinter den Ecktisch.

Er ihr nach. Sie wollte in ihre Kammer. Er drängte sich mit hinein. Sie drängte ihn wieder hinaus. Es war ein stummes Ringen auf der Schwelle. Kein lauter Ton.

„Lassen Sie mich los,“ flüsterte sie.

„Morgen früh weiß es Mama!“ Ihre Kraft erlahmte vor Schrecken, er berührte es, um sie zu küssen. Aber, als er, kühn gemacht, sie fester umschlang, setzte sie sich wie eine Wilde zur Wehr.

das Werk der Anhänger der deutschen Sozialdemokratie. Die Genossen dieser Partei stehen in ihrer Zahl zu den Genossen der polnisch-sozialistischen Partei keineswegs in demselben Verhältnis, in dem deutsche und polnische Bewohner sonst in ihrer Zahl zu einander stehen, so daß auch in dieser Hinsicht die beabsichtigte Majorierung der deutschen Genossen durch die Polen unberechtigt ist. Selbstverständlich rechnen sich auch Tausende von Wählern, die Polen sind, zur deutschen Sozialdemokratie. Im allgemeinen ist in Oberschlesien das Nationalitätsverhältnis so, daß auf 59,24 Prozent Polen 40,76 Prozent Deutsche kommen. Im Industriebezirk ist dieses Verhältnis anders; hier ist die Zahl der Deutschen bedeutend höher als in Landgegenden und vor allem sind die deutschen Arbeiter, die hier sehr zahlreich sind, in einem weit höheren Prozentsatz Parteidgenossen als die polnischen, die zu einem noch sehr großen Teile, zu drei Vierteln und mehr, zur Centrum- und Radikalseite, heute höchstens zur radikal sich gebildenden Sozialfazaktpartei gehören.

Dazu kommt, daß die polnischen Genossen an geeigneten Kandidaten für Reichstagsmandate offenbar Mangel haben. Das zeigt sich erstens in der Aufführung von drei Doppellandidaturen — die an den oberschlesischen Doppellandidaturen beteiligten Genossen kommen auch in Polen und vielleicht sogar in Westpreußen in Betracht — sowie dadurch, daß auch bereits unter den aufgestellten Kandidaten Personen sind, die als geeignet zu Reichstagsabgeordneten oder auch nur zu Kandidaten schwerlich gelten können, daß insbesondere der wichtige Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz, bei dem sich im Jahre 1898 in geradezu überraschender Weise zeigte, daß die Nationalität des Kandidaten absolut keine Rolle beim oberschlesischen Proletarier spielte, solange man es nicht in nationaler Beziehung ansah — Reichstagskandidat war der „deutsche“ Bergarbeiter Sachse — mit einem Genossen wie Broja besetzt werden konnte, der ursprünglich, vor wenigen Jahren, Anhänger der Radikalseite, darauf Genosse der deutschen Sozialdemokratie und Mitglied des deutschen Bergarbeiterverbandes war, dann, als dieser seine Kräfte nicht nach dem von ihm gemachten Preise bezahlen wollte, vom Verbande und der deutschen Sozialdemokratie Abschied nahm und bei der polnisch-sozialistischen Partei unterzukommen suchte, was einer der Hauptfehler der in Owiencim versammelten polnischen Genossen. Die Genossen des Wahlkreises Beuthen-Tarnowitz sind mit keinem Worte über Brojas Kandidatur gefragt worden, obwohl die Führer der polnischen Genossen zweifellos bestimmt wissen müssen, daß die Beuthen-Tarnowitzer deutschen Genossen mit Brojas Kandidatur nie einverstanden sein könnten. Die Nominierung Brojas war eine direkte Provokation, wenigstens ist sie als solche empfunden worden, zumal da noch zu guter Letzt, vor der Owiencimer Konferenz, von diesem Manne bekannt wurde, daß er den oberschlesischen Grenzkommissar und Sozialistenverfolger Mädler in Beuthen unter Abgabe des Versprechens, von der Parteidagitation abzulassen, um Beweisung einer Arbeitsstelle oder eines Oberhäuerpostens geben hat, wo er natürlich nur die Antwort sich holte, daß er einen Posten bekommen würde, wenn er „oft mal etwas bringt“. Die polnischen Genossen haben diese wieder einmal echt oberschlesische Geschichte sehr harmlos aufgesetzt, die Führer sollen dem Broja sogar zugeredet haben, sich einen Posten von Mädler verschaffen zu lassen. Für das taktische Gefühl unserer deutschen Genossen ist Broja nach diesem Vorfall einer Reichstagskandidatur unwürdig, ganz abgesehen von seinen politischen Schwankungen durch drei Parteien in einem Jahrzehnt.

Der gegenwärtige Zustand der politischen Dinge in Oberschlesien ist also sehr kritisch. Eine Entscheidung soll die Konferenz der Anhänger der deutschen Sozialdemokratie — die polnischen Genossen rechnen sich seit der Agitation der Haase u. Gen. nicht zur deutschen Sozialdemokratie, sondern zur polnisch-sozialistischen Partei — bringen. Noch ist nur eine Woche freist; der polnisch-sozialistische Parteivorstand, der öffentlich mit dem eigenmächtigen und

provokatorischen Verfahren seiner Genossen in Oberschlesien nicht einverstanden ist, wird höchstlich auf dieser Konferenz vertreten sein und — oder soll man zweifeln? — zum Frieden und zur Vernunft geneigt sein.

Sobald diese wichtige Angelegenheit in ein neues Stadium gekommen sein wird, werden wir darüber berichten; bis dahin werden wir alles versuchen, die polnischen Genossen zu ihrer Taktik von 1898 zurückzuführen.

## Politische Übersicht.

### Ein interessanter Bericht.

Das Bureau Lassan berichtet:

Von maßgebender russischer Seite wird uns mitgeteilt, daß alle Veröffentlichungen über die bevorstehende Entlassung des Gouverneur von Wilna, General v. Wahl, und die Nachrichten über die schlechte Behandlung der Juden in den verschiedenen Gouvernementen vollständig erfunden sind.

Ebenso ist an zuständiger Stelle in Russland nicht bekannt, daß der neue russische Minister des Innern, Herr v. Plehwe, mit dem Gouverneur unzufrieden gewesen und daher dessen Entlassung sicher sei. Der Gouverneur v. Wahl ist keineswegs seines Amtes entzogen und seine vorgezogene Schöre ist in jeder Beziehung mit ihm zufrieden, wegen der Umsicht und Energie, welche v. Wahl unter den schwierigsten Verhältnissen an den Tag gelegt hat.

Wilna ist schon seit längerer Zeit eine Art von Centralpunkt für die sozial-revolutionäre Arbeitersbewegung, die ausgesprochene anarchistische Tendenzen verfolgt und schon seit langem mit Mord und Tod das ganze Gouvernement terrorisiert.

Die Agitatoren jener kommunistischen Bewegung, die sich ganz mit Unrecht sozialistisch nennen, hatten ein wahres Schreckensregiment in Wilna eingerichtet. Sie erhoben gewaltsam von kleinen Fabrikanten und Handwerkern Beiträge für ihre Zwecke, sie überfielen und mißhandelten friedfertige Arbeiter und Industrielle und füllten sich vor allem selbst die Taschen mit den erpreßten und geraubten Geldern. Erst dem Gouverneur v. Wahl gelang es in verhältnismäßig kurzer Zeit, diesen schändlichen Treiben ein Halt zu gebieten. Seidem wird v. Wahl von den Verschwörern verfolgt und mit Entfernung bedroht. Wie bekannt, versuchte erst im Mai d. J. der 22jährige Schuhmacherjunge Hirsch Verlich den Gouverneur aus einem Hinteralte zu erschießen und drei der Angeln verwundeten den General schwer.

Der Attentäter, ein berüchtigter Messerstecher und ein durch und durch verkommenes Subjekt, war bereits wegen Nebefalls eines Polizeioffiziers mit längerer Freiheitsstrafe belegt worden und seit langem einfanatischer Anhänger der Propaganda der That. Schon hierdurch wird die Behauptung vollständig entkräftigt, daß General von Wahl durch grausames Auftreten den meuchlerischen Anschlag auf sich selbst provoziert habe. Außerdem aber waren Gewaltthärtigkeiten und räuberische Überfälle schon lange, bevor Wahl nach Wilna kam, dort an der Tageordnung. Auch die Massenversammlungen, von denen seiner Zeit so viel die Rede war, sind lediglich darauf zurückzuführen, daß eine Anzahl verhafteter unmündiger Burschen, die sich hervorragend an den Strafenmärschen in Wilna beteiligt hatten, Prügel erhielten. Und in der That kann man diese Art der Bestrafung im Vergleich zu der fast überall in der Welt geltenden Praxis, einen Aufstand mit der Waffe zu unterdrücken, immerhin noch recht mild nennen. Nach dem Mordeversuch auf den Gouverneur durfte aber auch in Wilna bei künftigen Strafenrebellen wohl das klein kalibrige Gewehr in Anwendung gebracht werden; denn wenn die führenden Revolutionäre glauben sollten, daß man vor ihnen kapitulieren wird, dürften sie sich sehr irren. Handelt es sich doch bei den eben erwähnten Geschehnissen nicht um einen Freiheitskampf, sondern um ganz gemeine Verbrechen, bei denen Rache und Motive in niedrigster Art eine Hauptrolle spielen. Unter diesen Umständen kann es wahrlich dem Gouverneur von Wahl zum größten Lob dienen, wenn er mit Hinterziehung seines eigenen Lebens Ordnung in dem ihm anvertrauten Gouvernement zu schaffen versucht.

von Wahl wird in dem uns vorliegenden Berichte als ein durchaus humorer und ehrenwerte Beamter

geschildert, der weit davon entfernt ist, irgend welche Grausamkeiten anzuwenden.

Die oben besprochenen Ereignisse haben nur dazu geführt, daß man jetzt, wie schon gesagt, gegen Straßenunterschichten und revolutionäre Propaganda mit äußerster Strenge einschreiten wird.

Die Einführung von Standgerichten und die damit in Kraft treterende Verhängung des Belagerungs- zu standes über die in Betracht kommenden Distrikte dürfte geeignet sein, die Agitationskunst der Apostel der Propaganda der That etwas zu dämpfen. Man wird jene Elemente nicht mehr schätzen, die offen den Unstoh predigen und die Volksmassen irre zu führen versuchen.

Das eine steht fest: die russische Regierung ist fest entschlossen, mag man noch so viele Minister und Gouverneure durch die meuchlerische Waffe aus dem Wege schaffen, den nunmehr eingeschlagenen Pfad mit eiserner Energie zu verfolgen und um jeden Preis Ordnung zu schaffen.

Wir möchten annehmen, daß dieser Bericht apokryph ist und daß sich das Bureau Lassan damit hat einen ungeheuren Vater aufzubinden lassen. In diesem Falle können wir dem Autor des Lassan-Bureau's unsere aufrichtige Bewunderung nicht versagen; diese gelungene Nachahmung des gleichnamigen, tugendhaften und glanzvollen russischen Polizeistils wäre eine journalistische Glanzleistung, vor der man den Hut abziehen möchte.

Es ist alles darin zu finden, was eine Polizeiseite empfinden und ein Polizeigehirn erfunden kann. Das folgende Bubenstück von Wilna erscheint in polizei-offiziöser Bedeutung als ein Alt erhabener Menschlichkeit, und der Held dieser Insasse als ein humarer und durchaus ehrenwerter Beamter. Die aufgepeitschten russischen Arbeiter aber sind Strafenträger und Ströte, die Arbeitergruppen expressum und verprassen, Friedfertige Arbeitwillige und Fabellanten überfallen, Messerstecher und gemeine Verbrecher.

In unseren Ohren steht das alte Bild: von den Agitatoren, die eigentlich verkommenes Subjekte sind und sich nur die Taschen mit den erschwindelnden Arbeiterbeiträgen füllen, von der untermildesten Polizei, die dieses Gesindel allergänzig mißhandelt, statt es einfach mit Pulver und Blei auszurütteln, und von den ehrenhaften und bis in den Tod pflichtgetreuen höheren Beamten, die furchtlos ihr Leben in die Schanze schlagen, um die bedrohte Gesellschaft zu retten, aber mitten im Toben der Schlacht auch die Pflichten der Menschlichkeit selbst dieser abgrundigen Verworrenheit gegenüber nicht vergessen. Es ist, als lese man einen Sittberichten-Geheimbericht aus der Zeit des Sozialistengesetzes oder eines jener Dokumente „diplomatischer Geschichtsschreibung“, die dann der folge Bernhardi einfältigen Herzog auszüglich seinen Denkschriften einverlebt hat, als wollte er die ungeheure Weisheit, mit der die Bürgerliche Welt regiert wird, geheimstaatlich für alle künftigen Zeitschriften festlegen.

Es ist wahr, daß vorstehende Dokument trügt noch einige spezifisch russische Bilge. Die polizeiliche Niedertracht häuft sich in das Popengewand bürgerlicher Erziehung; sie will die Verstüpperten retten und auch mit den Verführten christlich verfahren. Jedes Land hat seinen besonderen „Can“; aber das russische Popengesetz ist doch noch um einige Grade widerlicher als die staatsräderliche Patriotenhetzelei der westeuropäischen Civilisation.

Aber, wie gesagt, wir halten den ganzen Polizeibericht nicht für original, sondern für ein wohlgetroffenes Porträt der russischen Polizeiseele. Sollten wir Recht behalten, so wäre der Bericht ein prächtiges Dokument für den sieghaften Humor, mit dem die russischen Revolutionäre ihren Kampf gegen ihre zaristischen Henker führen. Eine solche geistige Überlegenheit und überquellende Kampfeslust ist seit in der Geschichte für eine unterdrückte Klasse ein sicheres Unterspann des endlichen Sieges gewesen.

### Wicht- und Schattenseiten.

Aus London wird uns unter dem 2. August geschrieben: Die sittlichen Begriffe eines armen, aber aufstrebenden Volkes sind von den sittlichen Begriffen eines gesättigten und stillstehenden Volkes durchaus verschieden. Die materiellen Bedürfnisse sind andere und damit auch die Ansichten. Für die Marxisten sagt dieser Satz nichts neues. Aber es ist gut und nützlich, ihn zu illustrieren. Das England der Spararmkeit, des unermüdlichen Schaffens und des geistigen Vorwärtsstrebens hat in den letzten Jahrzehnten einem ganz anderen England Platz gemacht. Das Vorwärtsstreben durch eine besondere Kraftentfaltung gilt jetzt in England als vulgär und eines Gentleman nicht würdig. Unlängst hatten wir eine Militärkommission, die sich mit der Untersuchung des Armeelebens beschäftigte. General Jan Hamilton, der bei Clandeboye die Buren und das deutsche Corps schlug, sagte vor der Kommission aus, in englischen Offizierskreisen halte man die Strebsamkeit für eine Unsitte. Vor etwa einer Woche wurde ein höherer Offizier, der sich durch militärische Studien besonders ausgezeichnete, von seinen Kollegen regelrecht durchgeprüft. Auch in den Schulen gilt ein guter Eridetspieler viel mehr als der fleißigste Student. Die Wett- und Spielsucht des Volkes ist allgemein. Die Schaukunst, das Rücksicht und die Sensationslektüre gehören zum guten Ton. Ungemein betrübend wirkt auch der Umstand, daß in dem gewerkschaftlich am besten organisierten Durham die schlimmsten Verbreden vorkommen. Auf seiner Rundreise zur Abhaltung von Geschworenengerichten in der Grafschaft Durham sagte der Richter Grantham: „Die Leute von Durham zeigten hohen Mut im südafrikanischen Kriege und ich nahm an, sie würden auch moralisch auf einer hohen Stufe stehen. Allein ich muß zugeben, daß die Grafschaft eine Degeneration und einen Mangel an sittlichem Mut zeigt, die vielleicht beispiellos sind. Schuldig daran sind die schweren Arbeiten in den Kohlengruben und die schlechten Unterhaltungen.“ Die Unternehmer müßten für das geistige Wohl der Arbeiter mehr sorgen und ihnen edle Vergnügungen bieten, denn die Arbeiter sind es, die den Reichtum schaffen.“

Richter Grantham ist ein Utopist, ein moderner englischer Utopist, der Imperialismus und Sozialismus, Krieg und Brüderlichkeit, Kapitalismus und hohe Moral als verkehrbar betrachtet. Und an solchen Utopisten ist England reich. Sidney Webb befand sich gestern auf einer Tribüne mit Lord Rosebery, der in einer längeren Rede den liberalen Imperialismus als die Zukunft Englands hinstellte.

Die Wahl Schnelltons zum Abgeordneten für

beim Anpacken eines Möbels, beim Fallen eines Regentropfens und beim Hauch des Windes draußen vorm Fenster. Dann hielt sie den Atem an und zog krampfhaft die Decke um sich.

Oder sie fuhr jäh auf aus schrecklichen Träumen — ein drohendes Elvais hatte sich über sie gebeugt, sie angehaucht mit glühendem Atem — mit gleichen Füßen sprang sie aus dem Bett zur Thür und verscherte sich, ob der Kiegel auch noch vorlag.

Wie er sie quälte! Oft bei Tisch, wenn sie bediente, zumal wenn sie das Süßze präsentierte, sah er sie so seltsam lächeln an, daß die Schüssel in ihrer Hand schwankte. Sie hatte keine Waffe gegen ihn. Wie gern hätte sie getäuscht! An der guten Stelle hier lag ihr nichts mehr. Aber das wußte sie, noch ließ er sie nicht ohne Denkzettel gehen. Und sie fürchtete für ihre Zukunft; und so blieb sie in schauer Furcht.

Keine Stunde war sie sicher vor ihm. Oft, wenn sie ihn am wenigsten vermutete, stand er hinter ihr und pustete sie in den Nacken. Gielte sie durch den langen dunklen Korridor, die Arme voller Geschirr, so vertrat er ihr den Weg. Räumte sie seine Stube auf, so kam er dazu; immer und überall fühlte sie sein Auge auf sich ruhen, und dieser Blick nagte an ihr.

Sie hasste Herrn Leo, wie der Sklave seinen Peiniger; aber wenn sie ihn am meisten hasste, daß ein verräderischer Strahl davon aus ihren Augen brach, dann senkte sie die goldigen Wimpern und nahm in schamhafter Verhülltheit seine Redensarten hin. Wild schlug ihr das Herz, die Zähne bissen sich knirschend aufeinander, aber ihr Mund verzog sich zu einem Lächeln. Sie mußte cheln. Aber wie lange noch würde dieses Lächeln geügen?!

Schaudernd fuhr die Einsame in der Küche auf. Hoch, war das nicht ein Tritt?! Mit ungestopften Blicken sah sie sich um. Kam er?! Nein, der Tritt klapperte auf der Hintertreppe. Gott sei Dank, die Marie!

Nein, die hatte einen Schlüssel! Es klopfte zaghaft; jemand trat sich die Füße an der Strohmatte ab.

„Wer ist da?“

„Is de Bertha zu Haus?“ fragte eine schüchterne Stimme hinter der Thür. „Ich bin aus ihre Heimat. Kann ich ihr mal sprechen?“

„Mine, Du — ?!“ Bertha riß rasch die Thür auf und zog die beschieden Draußenstehende stürmisch herein. „Läßte Dich doch mal bei mir sehn, das is scheene!“

„Mine“ hatte Bertha noch nie bei Selingers aufgesucht; sie sahen sich nur im Neschke'schen Keller, und auch da jetzt selten.

Bertha schob Mine einen Stuhl hin. „Ich bin ganz alleine, sie is nach'n Konzert, nur der Leo is vorne.“

Ganz glücklich über den unerwartet freundlichen Empfang, setzte sich Mine.

„Na Du — “ Bertha lächelte sie an, „ich dacht schon, Du machst Der gar nischt mehr aus mir!“

„Ich — ?!“ Mine riß die Augen verwundert auf. „Ich, mer nischt aus Der machen? ! Das kann doch nich Dein Ernst sein, Bertha! Ich hab Der immer gutt leiden gelonnt, sehr gutt! Aber Du — Du machst Der ja nischt aus mir!“

„Nu brate mer eener nen Storch!“ Bertha hatte schon das Berlinern gelernt. „Mine, wie kommste uf so 'ne Dummköpfe? ! Ne, wahrhaftig, ich hab Der sehr gerne!“ Schmeichelnd strich sie der anderen über die Wangen.

(Fortsetzung folgt.)

Githeroe wird in der Presse als eines der wichtigsten Ereignisse aufgefaßt. Ein konservativer Blatt sieht darin den Anfang einer neuen Chartist-Bewegung.

Der sehr bekannte liberale Redner Hodgeson Pratt schloß sich vorige Woche der Sozialdemokratischen Föderation an. Er ist 75 Jahre alt und hat mindestens 50 Jahre lang die verschiedensten ideologischen Bewegungen mit Geld und in Wort und Schrift unterstützt. Enttäuscht durch die Stagnation Englands, brach der tapfere Mann mit seiner Vergangenheit und will sein Lebenende in der ausgesprochenen sozialrevolutionären Organisation zubringen.

John Burns sprach kürzlich auf einer von vielen Tausenden Bergarbeitern Northumberlands veranstalteten Demonstration. Burns steht schon seit Jahren außerhalb der sozialistischen Bewegung. Dennoch hält er eine ausgezeichnete sozialistische Rede, die von den streng marxistischen Zuhörern mit Lob erwähnt wird.

Robert Blatchford, der Redakteur des sozialistischen Wochenblatts "Clarion", veröffentlichte eine Agitations Broschüre "Britain for the British", die den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft in klarer und mächtiger Sprache herhebt. Er fordert die Arbeiter auf, eine reine Klassenpartei zu bilden. Die Broschüre wird massenhaft abgesetzt. Auch Keir Hardie's Labour Leader zeigt einen schärferen Ton.

Diese Zeichen eines Erwachens der englischen Arbeiterorganisationen und einzelnen Individuen sind den Lords entschieden, den Gewerkschaftsprojekten und der Ankunft der amerikanischen Trusts zu verdanken. Die amerikanische Invasion hat einen tiefen Eindruck gemacht.

#### Englische Erbbaungsindustrie.

Der König der englischen Bausenober und Spieler soll getötet werden, und da wollen auch die kleinen Patrioten ihren Anteil an der allgemeinen Erbbaungsrente einheimsen. Das ist nur recht und billig. Wenn die hohe Finanz den märchenhaften Goldsiegeln aus Silberstift einstreicht und die Verkommenen aus London auf Kosten Edwards des Mittelbigen gespeist werden, muß die englische Mittelschicht die Ehre industrieller Hindigkeit und spekulativer Neidkraft wahren. Unternehmende Patrioten haben ein Mittel entdeckt, bei Gelegenheit des Erbbaungsreichs von ganzen Kontinent abzugreifen und mit der europäischen Dummheit ein Nefengeschäft zu machen. Die deutschen Patrioten und Amtsblattpressen leisten dabei gefällige Knipperdienste. Gilt es doch für einen monarchischen Zweck, und die englischen Gentlemen zahlen 4 Pfund Sterling 10 Schilling = 90 Mt. Also los!

Eine most reverend — hochachtbare — continental publishing Company — europäische Publikationsgesellschaft, domiciliert in London, verendet an die gesamte deutsche Presse — auch uns ist ein solches erreicht — mit läblicher Unparteilichkeit ein Juwel, in dem „prachtvolle Krönungspostkarten“, mit dem Erbbaugut abgestempelt, an solche, die nicht alle werden, zu sehr mäßigen Preisen offeriert werden. Gilt 55 Stück solcher Karten fürt einen minderbegabten deutschen Patriot schon 10 Mt. los werden; bei geringerem Bedarf verleiert sich der Spass proportional nach unten.

Für diejenigen Blätter, die den Inseratenauftrag annehmen, ist mit zuvorkommender geschäftlicher Couleur gleich ein Theod auf 4 Pfund Sterling 10 Schilling = 90 Mt. beigelegt. Bequemer kann man es der gesinnungsfesten deutschen Patriotenmeise nicht wohl machen. Nachdem sie soeben ihren sentimental-surrealisch ausgeschlossen, schwent sie sich jetzt mit Erbbaungsmeister der Hurgel und weist einer englischen Klauberbaude einen hervorragenden Platz auf ihrer Gesellschule an. Das bringt das Geschäft nun einmal so mit sich. Bisher war der Burendoller ehrlich; jetzt fliegt das englische Erbbaugeld im Staaten. Wir haben das hilfliche Erbbaungsamt in einer ganzen Reihe von Patriotenblättern vorgefunden, die vor wenigen Monaten noch Edward VII. im redaktionellen Teil zitiert und gepföhlt haben.

Aber was tut man nicht alles für 4 Pfund Sterling 10 Schilling, in deutscher Währung netto, runde 90 Mt.!

\* Berlin, 5. August. Der Kaiser hat mit den Großherzog von Mecklenburg eine Depeche geschickt, die mit den Dorfern schließt:

Ich habe aus neuer Sehen können, was ich an dir habe und daß ich auf Mecklenburg sicher rechnen kann, was auch die Zukunft bringen möge.

**Das Gewissen des Staats.** Offiziell berichtet die Nationalsoziale Korrespondenz: Die neuzeitlichen Gerichtsverhandlungen im Zusammenhang mit den Prozeßszenen Sanden, Leipziger Bank u. s. w. haben in den maßgebenden Kreisen keinen Auslauf gegeben, an eine Änderung der Gesetzgebung, speziell der Altersgefegebung, zu denken. Wohl aber hat man sich gefragt, ob es richtig gewesen sei, daß Staat und Reich, um Bürgersparasse zu machen, gerade in solchen Beispielen mit Konvertierungen vorgegangen sind, in denen es geboten war, den kleinen Sparer davon zurückzuhalten, sein Geld in zweifelhaften Industrievermögen anzulegen.

Dem Staat schlägt das Gewissen. Die „maßgebenden Kreise“ halten sich ein ganz klein wenig mitverantwortlich für die ungeheuren Schädigungen der letzten Bankkrise, insofern sie selbst durch Konvertierungen den kleinen Sparer verauslaut haben, Industriepapiere zu kaufen. Wir finden, daß die „maßgebenden Kreise“ ein sehr bequemes Gewissen haben, ja, daß aus diesen Gewissenregungen noch ein ähnliches Empfinden mischspricht, wie aus den Ausführungen der Staatsanwälte, die auf die hohen Gehälter und Renten der Angestellten hingewiesen hatten. Es ist freilich sehr fatal für den Staat, wenn er den Kurs seiner eigenen Schuldtitel trotz aller Bemühungen nicht einmal auf pari treiben kann, fast ebenso fatal, wie für die Herren von der Justiz, die bei 5000 Mt. Jahresgehalt zusehen müssen, wie ein Herr Kollege im Bankfach ein paar Hundert braune Scheine im Jahr eintritt. Solche Gewissenregungen haben freilich moralisch einen ebenso niederen Kurs, wie gewisse Staatspapiere.

**Mancherlei naheliegende Bedenken . . .** Die amtliche Berliner Korrespondenz schreibt:

In dem vor kurzem herausgekommenen neuesten Bande der Schriften des Vereins für Sozialpolitik befindet sich auch eine sozialwissenschaftliche Studie: „Urt sozialen Lage der Eisenbahnen in Preußen von Waldemar Bintzmann. In der Presse wird bei dieser Gelegenheit vielfach bemängelt, daß der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten im Jahre 1898 einen Antrag des Vereins für Sozialpolitik eingehend erarbeitet hat und zwar ohne Angabe von Gründen. Die

lebhafte Behauptung ist insofern ungut, als die Ablehnung (wie in der Einleitung der Schrift selbst bestätigt, übrigens auch in einigen Zeitungen ausdrücklich vermerkt wird) damit begründet war, daß durch die alljährlichen Berichte über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preußischen und hessischen Staatsbahnen und durch die Staats ausführliches Material über diese Verhältnisse bekannt gegeben wird. Daß beratende Erhebungen, selbst wenn sie unter der Führung eines so angesehenen Vereins wie des Vereins für Sozialpolitik, dem auch hohe Beamte des Arbeitsministeriums und der Staatsbetriebsverwaltung angehören, veranstaltet werden, mancherlei naheliegende Bedenken entgegensteht, wurde übrigens, wenn wir uns recht erinnern, auch damals schon von vielen Seiten anerkannt.

Am Übrigen ist der Minister stets darauf bedacht, die soziale Lage der zahlreichen Beamten und Arbeiter seiner Verwaltung nach Möglichkeit zu verbessern. Er wird zweifellos Anlaß nehmen, die weiteren Anregungen auf diesem Gebiete, die die Bimmermannsche ebenso von ernstem Wohlwollen für die Eisenbahnen bestanden, als von aufrichtiger Anerkennung der Leistungen der Eisenbahnen gerade auch auf sozialem Gebiete erfüllte Abhandlung schon bei flüchtiger Durchsicht bietet, auf das eingehendste zu prüfen.

Der neue Eisenbahnaminister in Preußen hat offenbar ein noch ziemlich unverbrauchtes amtliches Gewissen und noch sehr viel unbefriedigtes Papier. Sonst hätte er es kaum für nötig gehalten, einem unberufenen Verein eine solch langatmige Erwiderung zu widmen, die zudem die Ausschreibungen der Presse Wort für Wort bestätigen. „Mancherlei naheliegende Bedenken“ sollen der Erhebung über die Lage der Eisenbahnen gestellt entgegenstehen. Das ist ja gerade der Jammer, daß diese amtlichen Bedenken objektiv so „nahe liegen“. Bah daß man sich angstlich hüten muß, auch nur den schwächsten Schimmer von Dicht auf die Verhältnisse der Eisenbahner fallen zu lassen. Für die soziale Lage der Herren Ministerialisten liegen diese „Bedenken“ ganz gewiß viel fern; und darum braucht man sich auch nicht zu genieren, sie im preußischen Eisenbahn-Staat dem schwachen Dämmerlicht des preußischen Abgeordnetenhauses preiszugeben.

Aus der Poststellenkommission. Genosse Geyer ist an Stelle des Genossen Bernstein in die Kommission eingetreten, die sich in der Montagssitzung zunächst mit der Pos. 812 beschäftigt, die Hessen, Aspel, bis 18 Centimeter lang mit 40, bis 25 Centimeter mit 25, mehr als 25 Centimeter mit 10 Mt. soll belegt. Während der Freistadt Gotha 15 Mt. soll verlangt, beantragten die Sozialdemokraten Postfreiheit. Schließlich wurde die Position nach der Vorlage angenommen.

Weiter sollen in Pos. 818—819 enthalten für Spindeln aller Art 10 Mt., für Ausdrüstungsgegenstände für Spinn- und Webemaschinen 25 Mt. Post. Gotha beantragt zu Spindeln, roh 5 Mt., bearbeitet 10 Mt., zu Webhäute etc., roh 5 Mt., bearbeitet 12 Mt. Die Sozialdemokraten beantragen Postfreiheit. Geyer findet die Motive nicht nur därfst, sondern überprüft soll, und nimmt Veranlassung, an diesen Positionen nachzuwirken, wie auch sie den Arbeitern zum Nutzen gereichen. Jede Vereinigung der Maschinen wirke fördernd. Man mache den Sozialdemokraten wegen ihrer Anträge auf Postfreiheit den Vorwurf der Inkonsistenz, inkonsistent handeln aber die, die gegen Bölle auf Rohstoffe felen und dann doch für Bölle auf Halb- und Ganzabrikate stimmen; würden diese letzteren abgelehnt, müßten auch die Bölle auf die Rohstoffe fallen. Die Produzenten der Spinnmaschinen seien Konsumenten der vom Ausland bezogenen Spindeln, wie die Massen von Arbeitern und Bauern Konsumenten von Hobeln, Sägen, Messern, Hämtern, Sägen, Sicheln etc. felen und als solche vor der Vereinigung dieser Waren geschützt werden müßten. Es sei ihm unbegreiflich, wie man das Ausland so begünstigen könne, wie durch dieses Postsystem, das zur Verschlechterung von Waren an das Ausland führe, die sogar noch vom preußischen Handelsminister verteidigt worden sei. Man beginne das Ausland auf Kosten der eigenen Nation, das nenne man für das Ausland arbeiten! Vor der verschlechternden Ausbeutung wolle die Sozialdemokratie das Volk bewahren, deshalb auch würden die Anträge auf Postfreiheit gestellt. Beide Positionen werden schließlich mit kleinen Änderungen nach der Vorlage angenommen.

Die Pos. 827—830 betreffen geschnittenen Nägel (Auffäulichstille) über 20 Millimeter, die mit 12, unter 20 Millimeter lang mit 20 Mt., Ofenraße, Büchsen, Kästen, Webewannen, Streigeln, Hauss- und Küchengläser, Rossläden, Kofferbügel, Gloden etc., roh mit 8, bearbeitet mit 10 Mt. belegt werden sollen. Ferner Ketten, roh, zur Kettenräderfahrt 3 Mt., andere 8 Mt., bearbeitet 15 Mt., Trennen, Banduren, Reis- und Fahrgeschirrteile, roh 10 Mt., bearbeitet 15 Mt. Die Sozialdemokraten beantragen Postfreiheit. Stadtsgen weist auf die Gefahr für die Arbeiter hin, die die vorgeschlagenen Böller in sich bergen. Es sei unzinnig, die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter durch einen derartigen Zoll heben zu wollen, wie die Vorlage andeutet. Die Arbeiter schließe man auch hier vor, die doch durch Bölle ausgebettet werden. Diese Arbeiter müßten, wenn sie wirklich für Bölle wären, dümmer sein wie die Kälber, die ihre Weiber selber wählen. Sämtliche Positionen wurden nach der Vorlage angenommen.

Zu den Pos. 882—885, die verbunden werden, beantragt Gotha für Bau- und Möbelbeschläge (Vorlage 6 resp. 12 Mt.) eine erweiterte Fassung; zu Schlosser und Schlüssel (statt 15 und 20 Mt.) 10 und 12 Mt.; zu Möbel und Türgeräte statt 15 nur 8 Mt. Die Sozialdemokraten beantragen Postfreiheit. Hoch begründet den letzteren Antrag. Die Kleinmeister der Bau- und Möbelsticherei, sowie der Schlosserei würden durch die Böle in erster Linie geschädigt. Die Legitimation Gotha's wird angenommen, dazu die Sähe der Vorlage.

Pos. 886, seine Schnellwaren (Kleider, Scheren etc.), Perlen, Schnuschäulen, Fingerhüte, Körzleher, Kugelknäder, Stahlkugeln, Knöpfe etc., roh 15 Mt., bearbeitet 24 Mt. Gotha beantragt eine andere Differenzierung, dazu Böller von 8, 8, 10, 15 und 24 Mt. Die Sozialdemokraten beantragen Postfreiheit. Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Verbunden werden 888, Schirmfeste 24 Mt., 889, Febern, Blankfeste 20 Mt., und 840, Schreibfedern 90 Mt. Die Sozialdemokraten beantragen Postfreiheit. Gotha beantragt bei Schreibfedern 60 Mt. Stadtsgen: Die Exportindustrie darf nicht unterbunden werden durch Böle, wie es tatsächlich bezüglich der Feberne geschieht. Die Konfektionsindustrie werde belastet. Bei Position Schreibfedern, für die der Zoll von 80 auf 90 Mt. erhöht wird, käme die Einfuhr weit mehr in Betracht, als die Stimmen einiger Interessenten, die Geschenke haben wollen. Drei Viertel des Bedarfs wird vom Ausland gedeckt, das beweist die Notwendigkeit der Einfuhr. Fast ausschließlich deckt Großbritannien unseren Bedarf; diesem freihandelschen Lande gegenüber müsse Rücksicht geübt werden; man dürfe sich nicht wundern, wenn solche Böllerabgaben die jöllnerische Klavern Kunst auch in England hervorrufen würden. Deutschland würde unbedingt geschädigt, wenn England Gegenschläge belieben würde. Rücksicht ist es, wenn Interessenten verlangten, es sollte in den Schulen darauf gelehrt werden, daß nur

Schreibfedern deutschen Fabrikats verwendet würden. Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

Abermals geschickert ist die Mission des Freiherrn v. Herzing in Rom in der Sache der Errichtung einer katholischen Universität in Straßburg. Nach einem Telegramm aus München ist dieser Mißerfolg darauf zurückzuführen, daß die deutsche Regierung die Bedingungen Namenslos ablehnt, wonach der Balkan auf die Ernennung der Professoren Einfluß haben soll und diese einem Orden angehören können.

Man wird sich also noch mit einigen „Spähnen“ behelfen müssen, ehe man den Querballen der katholischen „Wissenschaft“ dem Straßburger Wissenschaftsgebäude wird einfügen können.

**Sittlichkeitshandlung in Theorie und Praxis.** Bei der kürzlich stattgefundenen Beratung eines Antrags des Centrums-abgeordneten Hermann im Münchener Gemeindeskollegium auf Errichtung öffentlicher Hinter gezeigt sich der ultramontane Stadtvorordnete und Hausbesitzer Brüderl als einer der wichtigsten Männer wider die Unsittheit. Er erklärte damals noch dem amtlichen Bericht, daß Prostitutionsunwesen, wie es zur Zeit nicht auf der Straße, sondern auch in den Häusern besteht, berge die größten Gefahren für unsere Jugend in sich. Die sozialdemokratische Partei aber mit ihrer Proklamation der „freien Liebe“ trage Mitschuld an der Prostituierten auf der Straße.

Und nun veröffentlicht unser Münchener Parteidienst folgenden wörtlich abgedruckten Brief:

#### Guter Wohlgedanken!

Ich offeriere Ihnen ein schön mögl. Zimmer mit eigenen Eingang bei gebildeter (?) Familie dem Hausbesitzer selbst zum Preis von 18 M. monatl. Vollkommen ungestört. Sie können im Zimmer auch bezüglich aller Besuche bei Tag und Nacht wohnen immer beliebt. Von morgens 6 bis abends 9 sind Sie fast ausschließlich allein in unserer Wohnung des 1. Stockes, da wir uns während dieser Zeit Partei beim Geschäft aufzuhalten. Da wir kein wünschenswertes Geschäft ausüben. Bedenken dürfen Sie sich versteckt halten. Ein Stück Mediziner der 2 Jahre bei uns wohnte sehr sich von mir bei nachts wenn er angehetzt nach Hause kam, häufig ausziehen, oder des Morgens wenn ich zur Überbringung seines Kofes und Schuhs ins Zimmer kam im Nebermuth die Strümpfe anziehen. Ich führe das nur an, daß Sie nicht glauben. Sie würden weil beim Hausbesitzer, der recht überspannt Leuten Wohnung nehmen, wo Sie bezüglich Ihrer Bedienung vernachlässigt würden. Fünf Minuten näher der medi. Gebäude erhalten Sie so schönes Zimmer nicht unter 18 bis 20 M.

#### Hochachtend

v. Brüderl am Hausbesitzer,  
Göllerstr. 17, unmittelbar b.  
Bauarbeiter verl. Hindlingerstr.  
zündet der Schwantaler u.  
Bayerl.

**a. Auch ein bayerisches Reservevertrag?** Man schreibt und: Wissen Sie, wie der bayerische Staat seine Posthilfsstelleninhaber befolgt? Nein, natürlich nicht! Also hören Sie: So ein Posthilfsstelleninhaber ist zumeist ein Bauer, ein Gastwirt oder ein Handwerksmann. Er hat einen Eid zu leisten und trägt außer vor Dienststunden eine recht schwere Verantwortung. Er hat ein Zimmer für die Postwecke zu reservieren und spitzbubenischer zu machen, also z. B. Eisengitter anbringen zu lassen. Und nun der Dienst: der beobachtete Herr muß gewissenhaft Buch führen, er hat die Karten, Briefe und Pakete zu stampfen. (Der Herr, dessen Thätigkeit ich genau kenne, hat im Sommer fünfzigtausend Hunderter von Ansichtskarten zu stampfen) und den Verkauf der Postverzeichnisse zu besorgen. Und für diesen Dienst mit dem Bimmermiete zahlt Bayern dem beobachteten Posthilfsstelleninhaber jährlich — halten Sie sich fest, damit Sie nicht umfallen! — jährlich 48 — in Buchstaben: achtundvierzig Mark! Über der Mann hat noch Nebenverdiente: er ist verpflichtet, an allen Postfeiertagen, das sind die Sonn- und zahlreichen Festtage, von dem nächsten Postamt die Postfachen zu holen und auszutragen im Dritte. Das ist belohnend der Beneidenwerke noch einmal 36 Mark extra pro Jahr. Und nun verstehe noch einer die Unzulänglichkeit dieser Deut!

**kleine politische Nachrichten.** Nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses der Erwahlung in Bielefeld zur Deputiertenkammer veranlaßte Sozialistische Kundgebungen. Die Polizei schreibt ein. Es wurden Schüsse gewechselt. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor.

#### Österreich-Ungarn.

##### Aus dem galizischen Streitgebiet.

Bemberg, 4. August. Die Lage im Aufstandsgebiet ist ziemlich unverändert. In einer Gemeinde ist die Arbeit wieder aufgenommen, in mehreren anderen Gemeinden dagegen wieder abgelegt worden. Nach den leichten Gemeinden wurde Militär entsandt, ebenso auch zwei anderen Gemeinden, in denen die Bauern gedroht haben, fremde Arbeiter nicht zuzulassen. In einer Gemeinde sind allen arbeitenden Bauern die Fensterscheiben eingeschlagen worden. In Bozenzau ist der Sohn eines griechischen Pfarrers wegen Aufreizung verhaftet worden.

#### Großbritannien.

**Kitchener nach Deutschland eingeladen.** — Fleischgabentwirtschaft.

ac. In englischen Blättern wird mitgeteilt, daß der deutsche Kaiser den Vord. Kitchener zu einem Besuch nach Deutschland eingeladen habe. Die ganze deutsche Armee, so heißt es in dem Telegramm des Kaisers, werde es als eine hohe Ehre schätzen, einen solchen Soldaten in ihrer Mitte begrüßen zu können.

Merkwürdig! Die deutschen Kriegervereinler konnten bisher nicht genug in Entlastung gegen den Schläger von Silberstift machen. Und jetzt sollen sie sich Kitcheners Besuch zur Ehre anrechnen.

Zur Unterstützung der Zuckerindustrie auf den englischen Antillen hat das Parlament auf Chamberlain's Verlangen 5 Millionen Mark bewilligt. Chamberlain möchte gelten, daß die englischen Zucker-Massaker durch das Prämien-System der Zuckerländer so stark gelitten haben, daß sich eine Staats-Subvention nötig mache.

#### Belgien.

##### Die Rache der Sieger.

so. Noch immer erfolgen Verurteilungen wegen Teilnahme an den Unruhen im Monat April und wegen damit im Zusammenhange stehenden Delikten. So wurde dieser Tage der sozialistische Deputierte Schieler mit mehreren anderen Angeklagten wegen Verleugnung der Freiheit der Arbeit bedingtweise zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

#### Gier zu zwei Beilagen.

# Mord!

## Zweihundert Mark Belohnung!

Heute montag nachmittags gegen 2 Uhr ist in dem Hause des Grundstücks Salzgässchen Nr. 2 der völlig entkleidete Leichnam des am 17. Dezember 1894 geborenen israelitischen Schulmädchen Anna Klein hier in einer Holzkiste liegend aufgefunden worden. Um den Haß des Leichnams war ein starker Windsack mehrmals fest geschlungen, auch waren Arme und Beine zum Teil mit Windsäcken eingeschnürt. Wie der Augenschein lehrt und die gerichtliche Sektion jedesfalls noch bestimmt ergeben wird, ist das Mädchen zu unschönen Zwecken gemißbraucht worden. Der Kistendeckel war aufgenagelt und die Kiste mit Windsäcken dreimal umschaut. Die Kiste ist „im Richten“ 78 cm lang, 28,5 cm breit, 14 cm hoch. Die Breiter derselben sind 5 mm stark und gehobelt. Es ist eine sogenannte Schachtellkiste, vielleicht eine Geigenkiste, in einer Fabrik hergestellt, wie solche in jedem Kistengeschäft erhältlich ist.

Wie die Ermittlungen ergeben haben, hat dieselbe bereits gestern Sonntag abend gegen 8 Uhr am Ort der Auffindung gestanden und ist auch heute morgen von mehreren Haushbewohnern dort gesehen worden. Von ihrem Inhalt hat man erst Kenntnis erlangt, als einer der Haushbewohner heute nachmittags gegen 2 Uhr sie geöffnet hat.

Die ermordete Anna Klein hat gestern Sonntag nachmittags gegen 2 Uhr die Wohnung ihrer Mutter, der Haussiererin verw. Steiner, Nikolaistraße 27, 3 Treppen, verlassen und ist noch gegen 3 Uhr in dieser Straße spielend gesehen worden. Die Thät muss also in der Zeit zwischen 3 und 8 Uhr nachmittags geschehen sein. Bekleidet war das Kind mit einem alten, ranhsaerigen, dunkelblauen Barchentkleid, einem Hemd, Baumwollseinen roten Strumpfen mit weißen Längsstreifen, Hemd und Strumpfe gezeichnet „A. K.“, ursprünglich rot, aber ausgewaschen, ferner mit schwarzen gewöhnlichen Schnürschuhen und einem seidenen Halstuch von unbestimmter Farbe. Von der Kleidung fehlt bis jetzt jede Spur.

Der Hof, in dem die Kiste gestanden, hat noch einen zweiten Ausgang durch das Grundstück Nr. 7 der Reichsstraße. Der Thäter kann sowohl diesen wie den Ausgang nach dem Salzgässchen benutzt haben. Der nächste Weg von der Nikolaistraße nach dem Ort der Auffindung der Kiste würde entweder durch das Schuhmachergässchen oder durch einen der Durchgänge zwischen Nikolaistraße und Reichsstraße führen.

Es wird dringend gebeten, alle zur Ermittlung des Thäters irgend dienlichen Wahrnehmungen sofort der Kriminalabteilung des unterzeichneten Polizeiamts mitzuteilen. Demjenigen, durch dessen Angaben die Ermittlung des Thäters gelingt, wird obige Belohnung ausgeschert.

Leipzig, den 4. August 1902.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.  
Bretschneider.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft  
V V V Abteilung Buchhandlung. V V V

Die neueste Nummer des Süddeutschen Postillon, enthaltend einen Nachruf für Mansfred Wittich nebst Bild, ist eingetroffen und durch die Aussträger sowie durch uns direkt zu beziehen. v Nummer 10 Pf.

Ölfarben jeder Art, sowie Fußboden-Lackfarben  
nach vorliegenden Mustern, über  
Nachhart trocknend, empfiehlt billigst  
Carl Stuck Nachf.  
6630] Peterssteinweg 7  
gegenüber dem königl. Amtsgericht.

**Seelig's preisgekrönte Kaffee-Essenz**  
Emil Seelig A.-G.  
Heilbronn. V V V  
ist die feinste.  
50% Ersparnis.

In einer mittleren industriellen Stadt Sachsen mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung ist ein schönes, der Neuzett entsprechend eingerichtetes Vergnügungs-Etablissement mit großem Saal, Garten und Gesellschaftszimmern unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Offerten unter M. S. 100 an die Expedition dieses Blattes erbeten. [7149]

Restaurant zur Nonnenmühle, Leipzig, Mühlg. 14.

Empfiehlt meine freundlichen und gekümmerlichen Lokalitäten zur gefälligen Verzehrung. S. Getränke, gute Küche. Kräftigen bürgerlichen Mittagstisch sowie jeden Sonnabend Schweinsknochen. Hochachtend Gustav Linsenbarth. Gesellschaftssaal zu Vereins- und Familienfesten steht unentgeltlich zur Verfügung.

Verantwortlicher Redakteur: August Lüttich in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerel Aktiengesellschaft.

## Arb.-Verein Thonberg-Neureudnitz.

Mittwoch den 6. August  
Gemütliches Beisammensein, verbunden mit Gartenfest  
im Vereinstoale (Schönherr).  
Illumination, Unterhaltungsmusik, Gesang etc.  
Bei ungünstiger Witterung im Saale. [7147]  
Büchereien Besuch erwartet. Der Vorstand.

## Böttcher Leipzigs und Umgeg.

Sonntag den 10. August  
Grosses Sommer-Fest  
im Goldenen Adler, L.-Lindenau, Angerstraße.  
Freunde und Gönner sind freudlich eingeladen. [7148] Das Komitee.

## Technikum Eutin.

Maschinenbau, Hoch- u. Tiefbau.  
Spezialkurse z. Verkürzung der Schulzeit.  
Professe gratis.

## M. Kemski

6 Altenberger Straße 6



1 neue Uhr-Zeiger, 1. Gl. 75 Pf.  
1 neue Uhr-Kapsel . . . . 10 Pf.  
1 neues Uhr-Glas . . . . 10 Pf.  
1 neuer Uhr-Zeiger . . . . 10 Pf.  
1 neuer Uhr-Ringe . . . . 10 Pf.  
1 neuer Uhr-Schlüssel . . . . 5 Pf.

## Neue Uhren

in grösster Auswahl, genau reguliert.

Abonnement erhalten noch  
10 % Rabatt.

## Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Salzgässchen 9, I.

am Markt u. Rathaus.  
Empfehlung in reicher Auswahl allerlei  
Jahres-Jahrs-Paletots, komplett Anzüge,  
alle Farben u. Weiten. Eleg. Fracks u.  
Gesellschaftsanzüge, auch leihweise.

## Nähmaschinen

von Pfaff, sowie Seidel & Nannmann

sind die besten Fabrikate.

Bringmaschinen mit besten Stärken.

Lager aller Zubehörteile.

Reparaturwerkstätten

für Maschinen u. Fabrikäber all. Fabrikate.

Günstige Teilstahlungsbildungen.

Unterricht in der Kunststickerie.

Wilhelm Frenzel

1. Gesch.: L.-Neustadt, Eisenbahnstr. 31.

2. Gesch.: Leipzig, Zeltzer Straße 31.

Schnellsohlerei mit Dampfbetrieb

Münzgasse 7. Vorblätter f. S. 4/5, M.

D. 3/4, b. 4. Kinder 2 1/2 M. an nach Größe. Gummižüge f. S.

u. D. 1 M. Flickereien schön, gut, billig.

Arth. Stempel J. Stempel

Burgstr. 25

50. 4. Th. 100.

Luftschläuche Mk. 4.—

Laufdecken „ 7,50

unter voller Garantie.

Zubehör und Ersteile bei guter

Qualität äusserst preiswert.

Fahrradklarner

Leipzig, Eisenstraße 12.

Reparatur-Werkstatt mit Dampfbetrieb

6418) für alle Systeme.

Neugebauer, adal. gebld.,

staat. nicht geprüft. Praktikant b. Homöopathie u.

Naturheilmethode, früher an Dr. Willm.

Schwabs Poliklinik, beobd. u. lang. Er.

Geschlechtskrankh. b. M. n. Dr. Platen,

Nieren-, Magen-, Darm-, Haut-Leiden,

Krempfadergeschwüre u. mit nachweislich

vorausgl. Erfolgen. Königsplatz 1.

Sprechst. 9-2, 5-8, Sonnt. 10-11; anzuw. briefl.

Empfiehlt sämtliche

Gummiwaren +

zur Wochen- und Krankenpflege.

Karl Klose, Leipzig 40, Brühl 5.

Haupt-Breiselsverf. geg. 20 Pf. Märkte.

Damen finden separate Frauenbedienung.

Für Herrenleider Gossmann, Ver-

treter der Naturheilkunde. Für Frauen-

leider Frau W. Gossmann. Leipzig-

Lindenau, Josephstr. 34. [5925]

Empfiehlt meine

Damenbinden +

Gummifächer für Massage, Wochen-

und Krankenpflege. [5110]

Hilfseringenbänder. Handtuch für

zahnende Kinder. Preissätze 30 Pf.

Frau Auguste Graß, Nikolaistraße 4.

Empfiehlt meine

Wohlfahrtsgesellschaft.

# 1. Beilage zu Nr. 178 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 5. August 1902.

## Bericht

über die  
parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen  
Reichstagsfraktion.

97. bis 192. Plenarsitzung II. Session der X. Legislaturperiode.  
26. November 1901 bis 11. Juni 1902.

### Die Staatsberatungen.

Die Folgen der schlimmen Wirtschaftskrise zeigten sich für das Reich in einer Verschlechterung seiner Finanzlage. Von dem Rückgang der Einnahmen waren alle Gebiete der Reichsfinanzen betroffen. Die Reichsregierung, die in den Jahren des Aufschwungs in ihrer Finanzpolitik eine Übersichtlichkeit zur Schau getragen hatte, als würden in Zukunft die Reichseinnahmen sich immer in aufsteigender Richtung bewegen, ließ durch den Mund des Staatssekretärs im Reichsamt die erste Staatsberatung einsetzen mit einem langen Antrag über die schlechte Finanzlage. Allerdings kann die Regierung mit Zug und Druck sagen, daß sie den Stärken der Reichsfinanzen nicht allein in den Sumpf gefahren hat, in welchem er nun steht. Die bürgerliche Reichstagsmehrheit und vor allem das Centrum, hat dabei weder mitgeholfen. Die ausschweifenden Wünsche der Militär-, Marine- und Weltpolitik sind mit ein paar fast bedeutungslosen Abstrichen bewilligt worden und wenn man in den guten Jahren die Ausgaben steigerte mit jeder Steigerung der Einnahmen, anstatt unfehlbar kommende schlechte Jahre in vorsorgliche Berechnung zu ziehen, so sind diese bewilligungsreichen Kurzapparate der bürgerlichen Mehrheit an der Finanzsumme des Reiches mindestens ebenso schuldig wie die Regierung, die der realistische Bewilligungserfer zu immer neuen Forderungen aufstachelt. Diese Majorität pocht denn auch das böse Gewissen zu laut, als daß sie eine ernsthafte und eingehende Kritik der Reichsfinanzpolitik der letzten Jahre gewagt hätte. Mit billigen Nebensätzen drückt sie sich schon um den Kern der Sache herum. Die Regierung macht es ihr leicht. Bereits am ersten Tage hielt der Reichsanziger seine bekannte Granitbecher-Krede und versuchte, die Aufmerksamkeit von der innerpolitischen Lage abzulenken durch den offiziellen Entschluß auf dem wider den englischen Kolonialismus in der Chamberlain wegen dessen angeblicher Beschimpfung der deutschen Armee und durch ein mit feuerpolitischem Mächtigkeitreich gespieltes Kolleg über den Kreislauf. Wenn der Verfall der Dreiecks-politik so offenkundig ist, daß die Spähchen des Reichsanzigers selbst dieser Reichstagsmajorität nicht zu verborgen vermochten, so vermöchte die Regierung sich noch weit weniger Vorbeeren im Kampf gegen den englischen Kolonialminister zu holen. Wenige Tage darauf schraubte der Reichsanziger seine patriotische Entzündung um einige Löcher zurück und gab dem englischen Militarismus eine Art Ehrenersklärung. Auch im englischen Heere gäbe es Männer, die zu sterben verstanden.

Unsere Fraktion ließ sich nicht erst darauf ein, in der parlamentarischen Bosse der bürgerlichen Parteien eine Rolle mitzu spielen. Ihre Redner unterzogen die Reichsfinanzpolitik der ihr gebührenden Kritik und zeigten, wie jetzt schon das Reich, um das doch in seinen Einnahmen zu stoppen, auf die Großen der Konsumenten spekuliere, die sich durch die Erhöhung der Getreidepreise zu Millionen summieren sollten. Sie wiesen ferner hin auf den unglaublichen Gleichmut, mit welchem die Regierung jahrelang dem Hinaufstreben der Preise durch die Syndikate, wie dem ganzen tollen Segenabfall der kapitalistischen Produktionsanarchie zugesehen habe, dessen natürliche Folge der wirtschaftliche Rückgang ist. Die Unfähigkeit der Regierung gegenüber der Arbeiters-Wohnungsfrage, die Art, wie sich der Staat selbst an der Verschlechterung des Arbeitereinkommens beteiligt, so z. B. indem der preußische Eisenbahnhof gleich mit Eintritt der Arbeiter die Vöhne fürzte — dies alles fand scharfe Kritik. Gleichmäßig war dies der Fall in Bezug auf die brennendsten politischen Tagesfragen, wobei unsere Redner überdies noch, als ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten sich, angesichts der Ernennung des jugendlichen Herrn Spann zum Professor in Straßburg, als Vorlämpfer für die bedrohte Freiheit der Wissenschaft aufspielen wollten, mit Recht darauf verweisen konnten, wie sich dasjelbe Bürgerum den Teufel um die Freiheit der Wissenschaft gekümmert habe, als es galt, den Genossen Dr. Aroux von der Universität wegzuholen und dem Genossen Dr. Conrad Schmidt unmöglich zu machen, als Privatdozent in Leipzig thätig zu sein.

Als unsere Redner das Anwachsen des Militär- und Marines-Etats, das Überwuchern des Militarismus sowie die abenteuerliche Weltpolitik besprachen, ergreiften sie auch die Gelegenheit, eine nachmalige gründliche Abrechnung über den Reichstag in China vorzunehmen. Es entspricht dem ganzen sonstigen Verhalten der bürgerlichen Parteien während des Chinazuges, daß sie auf die Ausführungen unserer Redner sachlich fast gar nichts zu erwidern hatten.

Bei der Beratung des Staats des Reichstages kam es zu einer Kritik des Verhaltens des Bundesrates gegenüber dem Reichstag bei den Verhandlungen über Initiativ-Anträge. Obwohl gerade die Initiativanträge der Parteien die dinglichsten Fragen betreffen, stellt sich ein hoher Bundesrat so, als gingen ihm diese Beratungen gar nichts an. Durch demonstratives Leerbleiben der Bundesratsstube wird dem Reichstag gezeigt, daß er in den Augen der Regierungen nur in Betracht kommt, wenn es sich um Beratung von Regierungsvorlagen handelt. Unsere Fraktion rügte dies durch ihren Redner in nachdrücklicher Form und zeigte an dem Beispiel des Reichstags-Initiativ-Antrags: Sicherstellung des Wahlgeheimnisses, wie die Regierung Forderungen des Reichstags unbeachtet läßt. Bei der Beantwortung dieser Rüte entfaltete der Reichsanziger das erheiternde Eingeständnis, die Mitglieder des Bundesrats stimmen im Bundesrat nach Instruktionen ihrer Regierungen, seien aber häufig gar nicht in der Lage, zu sagen, weshalb ihre Stimmen für oder gegen einen Antrag abgegeben werden. Diese kleine Offenbarung aus den Mysterien des Bundesrates verbient wohl beachtet zu werden.

Eine schonungslose Abrechnung mit der Regierung über die Reichs-Sozialpolitik nahm unsere Fraktion vor bei der Staatsberatung des Reichsamts des Innern. Dafür glaubte Graf Posadowsky eine Vorlesung halten zu müssen über die parlamentarische Vertretung der Arbeiterinteressen, welche mit der Objektivität geschehen müsse, die notwendig sei, um in gesetzgebenden Körperschaften die Geschäfte zu übernehmen. Nach Objektivität schreibt unsere Gegner fest, wenn sie auf unsere Angriffe nicht zu erwidern haben, und die verlangte Objektivität bedeutet in diesem Falle nichts anderes als der Wunsch nach einer recht Johnson Kritik, der die Spitzen abgetragen, die Schäfte abgeschnitten sind. Wir haben keine Ursache, solche „Objektivität“ zu übernehmen. Ist doch gerade die schonungslose Schärfe unserer Kritik zu allen Seiten Sporn und Peitsche gewesen, die Regierung und herrschende Parteien des Klassenstaates zu Thaten angetrieben haben. Für die Fraktion hieß es gerade ihre schneidigsten und wilsansten Waffen beiseite legen, wenn sie im Sinne unserer Gegner „objektiv“ werden wollte. Der Appell an die „Objektivität“ kann uns daher nicht rühren; wir werden auch fernerhin auf einen Schlag anbertheilte sehen.

So verhielt sich auch dieses Jahr die Fraktion wieder bei der Kritik der Reichs-Sozialpolitik. Unser Generalredner machte zunächst einen allgemeinen Angriff auf die Sozialpolitik

des Reichsamts des Innern. Er führte dem Reichstag den Schnedenkritt derselben vor Augen, der seinen Grund findet teils in der Laiheit, teils in dem direkten Widervillen, mit welchem die herrschenden Massen bei uns Sozialpolitik treiben. Sie darf den Unternehmern kein Geld kosten, ihre Machtbefugnisse nicht schwächen, soll dabei aber die Arbeiter „aufstellen“ machen. Während die Arbeitersklasse, gestützt auf ihre Organisationen, machtvoll vorwärts drängt, suchen Regierung und herrschende Parteien zu bremsen wo sie irgend können. So geht das Reichsamt des Innern den Fabrikinspektoren auf, sich nicht mehr um die allgemeine Lebenslage der Arbeiter, über Ernährungswirtschaft, usw. und vergleichen in ihren Berichten auszuprächen. Freilich! Solche festgestellten Thatsachen könnten ja von uns zur Regelung des Verlangens nach Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter verhindert werden!

Zu der Unlust der herrschenden Klasse an sozialpolitischen Themen gefiel sich der Einfluß des Ausbeutertums, den unser Fraktionsredner an einer summarischen Zusammenstellung der 12 000 Mark-Affäre noch einmal wirkungsvoll demonstrierte. Unsere weiteren Fraktionsredner wandten sich absondern den einzelnen Gebieten der Sozialpolitik zu. Gerade bei dieser Einzelbetrachtung zeigte sich, wie unzulänglich das Geschaffene ist und unter welchen gräßlichen Mißständen die herrschende Klasse bei uns zu Lande das Proletariat, das ihr doch alle Werke schafft, lebt läuft, ohne auch nur eine Hand zur Abstellung dieser Mißstände zu rütteln.

Die einzelnen Fraktionsredner zeigten, wieviel auf dem großen Gebiete der Gewerbebeziehungen noch zu thun ist, auf welchem das Interesse der Unternehmer an der ungezählten Ausbeutung der gefassten Arbeitskraft, dem wissamen Arbeiterschutz hindert im Wege steht. Viel würden die Arbeiter selbst durch ihre Organisationen zu bestehen im stande sein, aber das Koalitionsrecht wird ihnen fortwährend illusorisch gemacht. Zahlreiche Beispiele aus der Masse der gewerbsästhetischen Kämpfe führen unsere Redner dafür an. Die Anfeindungen und Beschränkungen des Koalitionsrechtes, die Mahnmale und Bestrafungen der Arbeiter, welche von dem Koalitionsrecht gegenübers dem Unternehmertum Gebrauch machen, bedrücken die Arbeitersklasse um so mehr, als das Unternehmertum in seiner Sucht nach möglichst gründlicher Auspaltung der Arbeitskraft, fortgesetzte Verstöße gegen die bestehenden Verträge zum Schutz der Arbeiter begeht. Die Berichte der Gewerbeaufsicht enthalten darüber alljährlich eine Fülle von Material. Es würde noch größer und für das kapitalistische Ausbeuterium beschämender sein, wenn nicht das Bestreben vorherrsche, die Berichte der Aufsichtsbeamten an Wert und Bedeutung zu verschleieren. Unsere Redner bestätigten sich über die immer mehr hervortretende summarische Kürze dieser Berichte, die nicht dazu dienen, die Bibliotheken zu füllen, sondern das Material für die richtige Sozialpolitik zu bilden. Weiter zeigten die Ausführungen unserer Redner über den gesetzlichen Maximalarbeitsstag, die Kinderarbeit, die Frauenarbeit, die gewerbliche Nacharbeit, Arbeitsamt, Arbeitsstatistik und die zahlreichen anderen Gebiete der Sozialpolitik, wieviel derselben noch zu thun übrig bleibe.

Zum Titel Reichs-Gesundheitsamt besprach ein Fraktionsmitglied, wie dies schon früher von ihm geschehen ist, die Rüstände in den öffentlichen Krankenhäusern. Unser Redner brachte viel Material bei, welches die Verbesserungsbefürchtung dieser Zustände kennzeichnete. Selbst Vertreter bürgerlicher Parteien mußten ihm dabei recht geben und auch der Staatssekretär nannte die Thatsachen erstaunlich, wenn sie sich beweisen ließen, verwies im übrigen aber die Beschwerden an die Landesregierungen. Die Mißstände haben vielfach ihre Ursache in den schlechten Bezahlung des Personals. Darüber haben unsere Gegner eigenartige Ansichten, denn ein nationalliberaler Redner, der Abg. Franken-Schall, begegnete dem Vorwurf mangelhafter Bezahlung mit dem Einwand, daß christliche Rächtsmitleid und Aufrütteln überhaupt nicht mit Geld zu bezahlen sei. Unsere Fraktion hat sich ein Verdienst erworben, diese Dinge, denen bisher der Reichstag nie seine Aufmerksamkeit geschenkt hatte, zur Sprache gebracht zu haben. Ist es doch in erster Linie der erkrankte Proletarier, der unter ihnen leidet. Zum besseren Pflege zu verschaffen, ist ein Gebot der einfachsten Menschlichkeit. Unser Erfolg wird noch größer sein, wenn man sich nur dazu verziehen will, die bestehenden Strafgesetzbücher Paragraphen gegen die Duellanten zu ändern. Schwieriger war es ihm schon, die Wagnahme der astrophysikalischen Instrumente von Peking zu rechtfertigen, woran unser Redner eine vernichtende Kritik übte. Aber der Reichsanziger kennt die Reichstagsmehrheit. Er verlegte sich deshalb auf die diplomatische Seite und setzte auseinander, daß die Instrumente mit voller Zustimmung der chinesischen Regierung in unferen Besitz übergegangen seien und eine Zurückweisung würde zweifellos die Kaiserin-Witwe von China, die eine sehr intelligente Dame sei, bei ihrer richtigen Einsicht in die politischen Verhältnisse, auf höchste verlegen. Bei den bürgerlichen Parteien schlug dieser Grund durch. Keine fand den Mut, sich unserem Verlangen anzuschließen, die Instrumente zurückzugeben.

Der Militärateat begießt sich im laufenden Jahre nach den Beschlüssen des Reichstags auf

Mit der Veratung des Staats des Auswärtigen Amtes fiel auch die Veratung des Staats für die Expedition nach Ostasien zusammen. Sind doch auch die Opfer an Geld und Menschen, welche der Kriegs- und Nachzug nach Ostasien erforderte, eine Folge der Auslands-Politik der letzten Jahre. Es wurden vom Volke an einmaligen Kosten 950 000 Mark, an laufenden 24 000 000 Mark gesetzt. Die Reichstagssmehrheit stimmte, nach dem Vorschlage ihrer Kommission, die ersten auf 540 000, die letzteren auf 20 000 000 Mark. Im übrigen war sie bestrebt, die „Aufflairungen“, die sie aus dem Grafen Wilson Mund über den Gang der austwärtigen Politik bekam. Alles in schönster Ordnung. Deutschlands Regierung ist machtvoll, besonnen, klug, energisch, sie verfolgt in China bloß wirtschaftliche Interessen, sie verfolgt die Politik der „offenen Thür“, aber — die militärische Belagung muß drüben bleiben. Unser Redner stellte dem gegenüber die wirkliche Lage der Dinge fest. Die ostasiatische Verteidigungsbrigade sei nichts anderes als der Anfang einer Kolonialarmee, deshalb werde von uns der Aufgabettitel völlig abgelehnt werden. Es gäbe nichts Widersprüchlicheres als die Auslands-Politik der Regierung in Hinblick auf den Ostasien. Auf der einen Seite geschieht die Ausgabe von Millionen und Übermillionen zum „Schutz der deutschen Interessen im Auslande“, auf der anderen Seite umschließt man sich mit einer chinesischen Mauer, so daß Handel und Industrie überhaupt nicht in die Lage kommen könnten, diesen Schutz anzutreten. In gleicher Weise trifft ein anderer Fraktionsredner bei der Veratung des Staats des Auswärtigen Amtes die Auslands- und Chinapolitik der Regierung an. Während die Aldeutschen und Antisemiten, die bisher die Grünelnisse im sudostasiatischen Englands-Krieg gegen die Ausgangspunkte ihrer mordspatriotischen Englands-Politie genommen hatten, schwiegen, nagelte unser Redner die Regierung auf ihre Unterlassungen fest. In dem brutalen Verteilung in Südafrika habe England schwere Verstöße gegen die Haager Verträge begangen und es wäre Pflicht der deutschen Regierung, die die Haager Konferenzen mitunterzeichnet habe, gewesen, hier zu intervenieren. Der Reichsanziger wolle darauf nichts anderes zu erwarten, als daß ja andere Großmächte gegen die englische Kriegsführung auch nichts eingewandt hätten und Deutschland habe seine Ursache, hier eine führende Rolle zu übernehmen. Schwieriger war es ihm schon, die Wagnahme der astrophysikalischen Instrumente von Peking zu rechtfertigen, woran unser Redner eine vernichtende Kritik übte. Aber der Reichsanziger kennt die Reichstagsmehrheit. Er verlegte sich deshalb auf die diplomatische Seite und setzte auseinander, daß die Instrumente mit voller Zustimmung der chinesischen Regierung in unferen Besitz übergegangen seien und eine Zurückweisung würde zweifellos die Kaiserin-Witwe von China, die eine sehr intelligente Dame sei, bei ihrer richtigen Einsicht in die politischen Verhältnisse, auf höchste verlegen. Bei den bürgerlichen Parteien schlug dieser Grund durch. Keine fand den Mut, sich unserem Verlangen anzuschließen, die Instrumente zurückzugeben.

Der Militärateat begießt sich im laufenden Jahre nach den Beschlüssen des Reichstags auf

568478624 M. an fortlaufenden Ausgaben,  
55724181 „ an einmaligen ordentlichen Ausgaben,  
29528995 „ an einmaligen außerordentl. Ausgaben zusammen 653726800 M. gegen das Vorjahr um 20 Millionen Mark weniger, eine „Ersparnis“, zu welcher die Reichstagsmehrheit durch die schlechte Finanzlage gezwungen wurde.

Bei der diesjährigen Veratung des Militärateats nahm unsere Fraktion wieder in schärfer Weise Stellung gegen den Duellkampf. Er hat seinen Sitz in den Offizierskreisen und geht von hier in die bürgerlichen Kreise darüber, deren „feineres Geschäft“ einen angethanen, oft nur leichten Schimpf, nicht durch den Urteilsspruch des Richters fortwirken läßt, sondern hauend oder knallend den „Schimpf“ mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. Gelingt es, so kann der Duellkampf nicht mit „Blut abwaschen“ will. Gegen den Duellkampf erüppft sich die Reichstagsmehrheit in labimen Revolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfste Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verziehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbücher gegen die Duellanten zu ändern. G



die Arbeit 12jähriger Kinder hier bereits von 6½ Uhr morgens an eine Stunde lang dauern darf. Der Gesetzentwurf verbietet weiter, mit Einschränkungen, die Sonntagsarbeit der Kinder und untersagt die Beschäftigung eigener Kinder für alle die Betriebe, in denen auch fremde Kinder nicht beschäftigt werden dürfen.

So ist hier wieder ein paragrafentriches Gesetz geschaffen, weil die Reichs-Sozialpolitik nicht den Mut findet, kurzweg alle Erwerbsarbeit der Kinder vor dem 14. Lebensjahr zu verbieten.

Die Gegner waren mit dem Gesetze höchstlich zufrieden und sangen Lobeshymnen auf die Thatkraft der Regierung. Namenslich die Junten schmückten, weil der landwirtschaftlichen Ausbeutung der Kinder in keiner Weise entgegengesetzt wird und die Junten somit die billige Kinderarbeit auch fernherin behalten werden. Ihre Anschaunungen über Sozialpolitik sahste ihr Redner in den höchst kennzeichnenden Satz zusammen: "Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande hält, kann man an eine Sozialreform denken!" Unsere Redner schilderten demgegenüber die gegenwärtig herrschenden schlimmen Zustände, vor allem auch die Ausbeutung der Kinder auf dem Lande durch die Rübenjunten. Graf Bojadostow aber nannte das Albenverzeichnis eine verhältnismäßig leichte Arbeit, und bezüglich der Hütelinder erwies er schwindervoll auf die poetische Rolle, welche der Dichterstaat in der Dichtung spielt. Ihm sprangen die bürgerlichen Vertreter in ihrer Gesamtheit bei. Junten, Polen, Elsässer, Centrumsleute, und den Vogel schob Herr Stöder ab, der salbungsvoll die Freuden der Kinder beim Kartoffelausmaischen schilderte.

Der Gesetzentwurf wurde schließlich an eine Kommission verwiesen und wird im Herbst zur zweiten Beratung gelangen.

Bei dem Gesetzentwurf, der die gesetzliche Behandlung des Zolltarifgesetzes regelt, mußte die Regierung schweren Herzschlags mit ihrem Grundlage: keine Diäten für den Reichstag, brechen. Bestimmend hierfür war, daß sich die Unmöglichkeit herausstelle, die Kommissionsberatung des Zolltariffs bis zur Reichstagsvertragung fertigzustellen. Um die Kommission über den Sommer zusammenzuhalten, wollte die Regierung jedem Mitgliede desselben einen Beitrag von fest 2400 M., in Summa 67200 M., hinzuflügen. Unsere Fraktion ergriß die Gelegenheit, die ganze Frage der Diätenlosigkeit des Reichstags aufs neue aufzurollen. Unser Redner erklärte aber, daß unsere Fraktion der Diätenfrage mit großer Gemütsruhe gegenüberstehe, da die Diätenlosigkeit unser Wachstum in keiner Weise verhindert habe. Es falle uns auch jetzt gar nicht ein, das Zustandekommen eines Gesetzes, welches dem Volle die wichtigsten Lebensmittel verspreche, durch Diäten zu fördern. Habe doch auch die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch, die 1898er Gewerbeordnungskommission, monatelang außerhalb der Tagung des Reichstags gefessen, ohne Entschädigung zu bekommen. Wenn nur die Vorlage ohne unseres Gesetzes werden sollte, so würden wir die auf unsere Fraktionsmitglieder entfallenden Kommissionsdiäten unserer Parteikasse aufzuhören, um damit eine energischere Bekämpfung der Zolltarifvorlage zu betreiben. Diese Erklärung war den Gegnern begreiflicherweise so unangenehm wie irgend möglich. Ihre brennende Sehnsucht, den Zolltarif zu fördern, ließ sie aber auch den unfehlbaren Beifall an unserer Parteikasse mit in den Hauf nehmen. Sie nahmen die Diäten, mit der Gesamtherabrechnung auf 50000 M. und für das Kommissionsmitglied 2000 Mark an. Wir haben anstatt dessen allgemeine Tagegelder für die Abgeordneten überhaupt verlangt; der Antrag wurde in unverhältniswürdiger Abstimmung abgelehnt, ebenso unser Ebenfallantrag, den Kommissionsmitgliedern 20 M. Unwesenheitsgelder pro Tag zu gewähren.

Die Diäten an sich haben bis jetzt die Thätigkeit der Kommission auch um keinen Schritt zu fördern vermocht.

Der fliegende Gerichtsstand der Presse war ein seit langen Jahren vorhandener Nebenstand, unter dem zumal unsere Parteipresse zu leiden hatte. Es war vorgekommen, daß die Redakteure unserer Blätter an Orten, wo nur einige Exemplare der Zeitung verbreitet worden waren, auf das Verlangen eines Staatsanwalts, eines Unternehmers oder sonst wessen vor Gericht gegangen wurden, indem man diesen Verbreitungsort als den Ort der That annahm. Die zahllosen Unzuträglichkeiten, die sich daraus ergaben, sind so oft beklagt worden, daß man sie hier nicht erst zu schildern braucht. Gegenüber den Klagen hatte die Regierung stets gesagt, daß man vor der allgemeinen Revision der Strafprozeßordnung einzelne Materien aus dieser nicht herausgreifen dürfe. Nachdem sie sich dann aber von der Harmlosigkeit der Reform überzeugt hatte, kam sie mit einem Gesetzentwurf, der den in Frage kommenden § 7 der Strafprozeßordnung geprägt abändernde, daß für periodische Druckschriften dasjenige Gericht als zuständig gilt, in dessen Bezirk die Druckstätte erschienen ist. Es wurde aber sofort wieder eine Durchlöcherung geschaffen durch die weitere Bestimmung, daß für die Verfolgung von Delinquenzen im Wege der Privatklage auch der Verbreitungsort zuständig sei, sofern an ihm die beleidigte Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt habe. Und damit der Reichstag nur ja nicht glaube, die Regierung wollte ihm zu weit entgegenkommen, gab der Staatssekretär des Reichsjustizamts der Vorlage als Beleidigung mit auf den Weg: Die Vorlage sei weniger der Ausdruck der Überzeugung der verbliebenen Regierungen als der Ausdruck des Wunsches, in dieser strittigen Frage der Forderung des Reichstags entgegen zu kommen. Sollte der Reichstag den gegenwärtigen Zustand für besser halten als das Vorgesetzte, so ziehe die Regierung das Gegenwärtige auch vor. Unser Redner gezielte diesen Standpunkt ganz gehörig, verlangte ein bestimmtes, ausschließliches Forum für Pressefreiheit und die Einziehung auch der nichtperiodischen Presse in die Vorlage. Im übrigen beantragten wir, daß sobald der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung begründet, für alle dabei beteiligten Personen ausschließlich der Erfassungsort als Gerichtsland zu betrachten sei. Über die Reichstagsmöglichkeit war nur mit Mühe dazu zu bewegen, aus dem Gesetz das Wort "periodisch" zu streichen und so auch die nichtperiodische Presse einzubeziehen. Auf weiteres ließ sie sich nicht ein. Wir stimmten daher, und weil es uns nicht als eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande erschien, gegen das Gesetz.

Eine allgemeine Überraschung bereitete die kaiserliche Kundgebung, welche die Aufhebung des Diktaturparagrafen in Elsaß-Lothringen verkündete. Infolge derselben ging dem Reichstage alsbald ein Gesetz betreffend die Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des Statthalters in Elsaß-Lothringen zu. Es wurden hierdurch Ausnahmegewalten bestellt, über welche sich die elsässisch-lothringische Bevölkerung lange mit Recht, aber vergeblich beschwert hatte. Bei dem Kampfe gegen den Diktaturparagrafen hatten wir Sozialdemokraten an der Seite der elsässischen Bevölkerung gestanden. Der Diktaturparagraf gab dem Oberpräsidenten das Recht, bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit alle Maßregeln zu ergreifen, welche er zur Abwendung der Gefahr für erforderlich erachtete, so namentlich zu polizeilichen Zwecken zu requirieren. Als der Gesetzentwurf im Reichstage zur Beratung stand, schwamm alles in Wonne, und die Konservativen bewiesen durch die glatte Schwung, mit der sie nach jahrelangem heftigsten Widerstande, sich jetzt plötzlich auch für die Bekämpfung aussprachen, was von den "Gründen" zu halten ist, mit denen sie stets ihren Widerstand gegen sozialpolitische Maßregeln maßten. Die Elsaß-Lothringen betraten nach der Reihe die Rednertribüne, um sich für die Aufhebung des Diktaturparagrafen zu bedanken, welche ein Centrumsabgeordneter als ein "Gedenk" bezeichnete. In diesem Ton stimmte unsere Fraktion nicht ein. Wir ließen durch unseren Redner sagen, daß mit der Aufhebung nur endlich gejedete sei, was wir Sozialdemokraten jahrgangslang gefordert hätten, und

wiesen im übrigen darauf hin, daß von dem Ausnahmestand in den Reichslanden noch genug bestehen bliebe, was aufgehoben zu werden verdiene.

Unter den Steuergesetzen wurde das aus der vorigen Session noch rückständige Scham am wenigstens gesezt mindestens erledigt. Das Gesetz soll zur Deckung der Unlasten beitragen, die der Marxismus uns verursacht, und schon aus dem Grunde hatten wir seine Veranlassung, dafür zu stimmen. Es belastet aber auch die Industrie und drückt gerade die mittleren Sorten-Schaumweine. Wollten die herrschenden Parteien mit dem Gesetz eine "Ergänzung" schaffen, wie sie sagten, so war es ihnen ja unbekommen, endlich den Besitz durch die Einführung einer Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer kräftig zur Tragung der Lasten der losspieligen Welt- und Marinepolitik des Reiches heranzuziehen. Da sie hieran nicht denken, so ist auch das angenommene Gesetz mir ein Vollzugsmittel, dem die Fraktion ihre Zustimmung verweigte.

Die Brantwiesersteuer vorlage konnte im Mai 1901, trotz aller Bemühungen der Agrarier, nicht unter Dach und Fach gebracht werden. Es war uns tatsächlich gelungen, die Bevölkerungsfähigkeit zu konstatieren, wodurch den Spiritusjunkern und ihrer Spirituscentrale ein arger Pausen gespielt war. Beim Wiederzusammentritt des Reichstags war nun, auf Betreiben der Spiritusleute, ein Kompromißantrag zwischen der Rechten, einigen Nationalliberalen und dem Centrum zu Stande gekommen, welches die im Mai des Vorjahrs vertragte Liebesgabenpolitik auf andere Weise fortsetzen sollte. Die Vorlage ging nun zunächst wieder an die Kommission zurück, und in der Sicht, den Profit der Spiritusbrenner zu retten, hatte die Kommission mehrheitlich an dem Gesetz so vielseitige Abänderungsbestimmungen getroffen, daß ihre Beschlüsse ein ganz neues Gesetz darstellten. Diese Kommissionarbeit wurde wiederum gegen das Ende der Tagung dem Reichstage zur dritten Lesung vorgelegt.

Bei der Abstimmung suchten wir den 1899 aufgehobenen Reinigungszwang wieder einzuführen. Dies erschien uns notwendig angesichts der Thatsache, daß gerade die kleinen Brennrevenuen auf dem Lande stark infolge der Spiritus produzierten. Ob dieser oder jener Brenner, dessen Produkt sich dann als gesundheitsschädlich herausstelle, zu Grunde geht, konnte uns gleichgültiger sein als wenn viele Einzelner an dem Genuss von Fusel ihre Gesundheit total zerstören. Natürlich war die agrarische Mehrheit hierfür nicht zu haben. Ferner verlangten wir die Aufhebung der Maischraum- und Materialsteuer, die den großen Brennrevenuen eine versteckte Liebesgabe von fünf Millionen Mark aufzuheben, und verlangten an Stelle der Maischbottichsteuer eine Verbrauchsabgabe. Ferner forderten wir die Streichung des dritten Liebesgabes, der Brennsteuern. Die Brennsteuern wird nicht von den Brennern, sondern von dem konsumierenden Publikum getragen und zwar in Höhe von 11 bis 12 Millionen Mark jährlich, so daß die Gesamt-Liebesgabe 190 Millionen Mark beträgt; 180 Millionen gehen in die Staatskasse, 60 Millionen in die Taschen der Brenner. So versuchten wir auch bei den folgenden Paragraphen der agrarischen Gelehrte die schlimmsten Bahn auszubrechen, scheiterten jedoch immer an dem Widerstande der Mehrheit. Wir stimmten gegen das ganze Gesetz.

Es wurde aber schließlich eine Resolution angenommen, welche den Reichsanzler ersucht, dem Reichstag baldmöglichst einen Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Maischbottichsteuer und deren Ertrag durch einen Auftrag zur Verbrauchsabgabe vorzulegen. Ferner: daß die Sorge zu tragen, daß das Mischen der Hefe mit Stärkemehl, Kartoffel und Bierhefe und das Zeihalten jüdischer Brot verboten werde.

Die Abänderung des Zolltarifgesetzes war durch die Brüsseler Zolltarifkonvention notwendig geworden. Die Zolltarifkonvention war am 5. März d. J. seitens der Regierungen unterzeichnet worden, nachdem endlich die deutsche Regierung ihren verzögerten Widerstand aufgegeben hatte. Nachdem die Zollpolitik der Zolltarifpartei nicht nur die Konsumanten in der schwäbischen Weise ausplünderte, sondern auch die Zollerindustrie durch eine schlimme Überproduktion schwer geschädigt habe, waren Großbritannien, das Hauptverbrauchsland für Zuder, Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, Holland, als die Hauptverbraucher eines Landes, unter hohem Druckschluß, mit Hilfe von Kartellen und Syndikaten den Zollpreisen in die Höhe treibt und dadurch Vorteile zieht, die den vertraglich abgeschafften Prämien gleichläufen, wurde ferner bestimmt, daß die sogenannte "Surtax" (Liebergall), d. h. der Unterschied zwischen der Zoll- und Steuerbelastung des eingeschafften ausländischen Zunders und der Belastung des inländischen Zunders, auf einen Höchstbetrag festgesetzt werde, der bei Nasszucker und ausländischem Zuder sechs Franken und bei rohem Zuder 6½ Franken für 100 Kilogramm nicht überschreiten darf. Großbritannien, das Hauptverbrauchsland für Zuder, übernahm gleichfalls die Verpflichtung, daß es Prämien nicht gewähren werde. Ferner übernahm dieses Land die Verpflichtung, während der Dauer des Vertrags, den Zuder seiner Kolonien nicht günstiger als den Zuder der Vertragsstaaten zu behandeln. Der Zuder jener Länder, die den Vertrag nicht mit unterzeichnet, soll zum Ausgleich der Prämien, die er im Ursprungslande geniebt, oder der Vorteile, die sich aus einem dort bestehenden zu hohen Zollzoll ergeben, mit einem Strafzoll belegt oder durch ein Einfuhrverbot ausgeschlossen werden. Der Vertrag wurde auf fünf Jahre geschlossen und tritt am 1. September 1903 in Kraft.

Durch die Konvention wurde den ausländischen Zollerindustriellen Bügel und die Zolltarifpartei begannen deshalb gewaltigen Lärm zu schlagen. Aber der Bankrott, zu dem die Hochschulhöllerei in der Zollerindustrie geführt hat, ist so offensichtlich, als daß sich die Zollerinteressenten der internationalen Regierung dauernd hätten entziehen können.

Der Entwurf zu einem neuen Zollersteuergesetz passte sich der durch die Annahme der Konvention geschaffenen Lage an.

Die Zolltarifpartei übten zunächst gegen den Brüsseler Vertrag Opposition. Doch wurden sie schließlich mit derselben zu schaden. Unsere Fraktion stimmte nicht bloß für die Konvention, sondern führte dem Reichstag auch bei dieser Gelegenheit die ganze verdeckte Liebesgabewirtschaft wieder vor Augen. Unser Redner zeigte, daß die ganze Zollerindustrie ein künftig aufgepumptes Produkt sei. Existieren in der Zeit der napoleonischen Kontinentalsperre, da der Kolonialzuder ausgesperrt war, wurden mit Unterstützung der preußischen Regierung die ersten Fabriken gegründet, welche nach dem Gesetz des Berliner Apothekers Margriff aus der Kunstsülfie Zuder gewonnen. Sie brachen zusammen, als mit Aufhebung der Kontinentalsperre der Kolonialzuder wieder heraufstieg. Der Staat begann nun große Unterstützungen zu geben, die den Rückenfeder gegenüber dem Kolonialzuder konkurrenzfähig machen sollten und die schließlich zu dem ausgebauten System der heutigen Prämienwirtschaft führten. Die verdeckte Prämie retzte die Zollerindustrie zur immer größeren technischen Verbesserung ihrer Betriebsweise an, so daß schließlich der Zollerertrag der Rücken den Steuersatz weit überholte hatte. Die Zolltarifpartei machte ungeheure Profite aus der Reichs- resp. aus der Volksstaat.

Unser Redner stellte fest, daß im letzten Jahre neben den Prämien 75 Millionen Mark aus den Taschen der Steuerzahler für die Zollerindustriellen herausgezahlt worden sind; dazu kommen noch 80 Millionen Mark Zollerprämien, das macht eine Zoller-Liebesgabe von 105 Millionen Mark.

Dem entgegen hielt unser Redner die Ausbeutung der Zollerindustrie-Arbeiterchaft durch die Zollerindustriellen. 10 Prozent Dividende, aber die erbärmlichsten Arbeitersätze und ungünstigsten Betriebsräume! Wir verlangen deshalb die Abschaffung der Ausbeutung, die das Zollerartell betrieben hat.

Die Zolltarifpartei hatten alles aufgeboten, die Brüsseler Konvention kaputt zu machen. Auf Bestellung des Bundes der Landwirte mußten die interessierten Zollerindustrien Telegramme an die Abgeordneten richten und um Ablehnung der Konvention ersuchen. Bei der tatsächlichen Abstimmung ergab sich jedoch eine beträchtliche Mehrheit für die Konvention.

Bei der Abstimmung über die Abänderung des Zollersteuergesetzes fiel zunächst die Kontingenzerung, welche die Kommission wieder in die Vorlage hineingebracht hatte. Weiter wurde die Zollersteuer, die nach dem bisherigen Gesetz 20 Mark pro 100 Kilogramm betrug, nach einem Antrag der freisinnigen Volkspartei auf 14 Mark herabgesetzt. Die Regierungsvorlage hatte einen Steuersatz von 16 Mark festgesetzt. Von unserer Seite war völlige Aufhebung des Zollersteuern verlangt worden. Aber unser Antrag wurde niedergestimmt und der freisinnige Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Auch den ganzen Überzoll wollten wir beseitigen, doch wurde hier der höchste Vertrag, der nach der Brüsseler Konvention zulässig ist, 4.80 Mark, angenommen. Wir stimmten gegen das ganze Gesetz; ebenso die bürgerliche Opposition. Schließlich wurde noch eine Resolution angenommen, welche die verbündeten Regierungen ersucht, "dolm zu wirken, daß in den deutschen Eisenbahntarifn die Frachtraten für Zollerindustrien, Schnell und Melasse, sowie für Roh- und Schiffszucker, für leichtere insbesondere auch im deutschen Binnenverkehr, thunlich ernäßig werden."

Das vom Reichstage angenommene Süßstoffgesetz ist eine Verschärfung des vor drei Jahren beschlossenen Gesetzes. Die Zollerindustrien fürchten, daß die künstlichen Süßstoffe, welche bedeutend billiger als Zuder sind, diesem eine wachsende Konkurrenz machen, was ihre Profite einschränken würde. Wir waren Gegner dieses Gesetzes, weil einmal der Süßstoff, als Konkurrent des Zuders, auf einen niedrigeren Preis des Zuders hinzufließt, zum anderen, weil gerade die ärmeren Bevölkerung den Süßstoff zum Waren von Speisen an Stelle des teureren Zuders verwendet. Die Regierungsvorlage wollte das Saccharin mit einer Verbrauchsabgabe von 80 Mark für 1 Kilogramm belegen; die Kommission, an welche das Gesetz zunächst verliehen war, schießt den Steuersatz auf 60 Mark fest. Darauf wurde das Gesetz vom Plenum der Zollersteuer-Kommission überwiesen, die einen neuen Gesetz-Entwurf ausarbeitete, wonach ein Verbot der Herstellung von künstlichem Süßstoff außer in staatlich konzessionierten Betrieben, der Apothengewang für den Verkauf von Süßstoff und die Verbrauchung schon des bloßen Besitzes von mehr als 50 Gramm Saccharin festgesetzt wird. Unser Redner griff die Mehrheit, die sogar auf eine formelle Begründung ihres Vorgehens verzichtete, heftig an. Das Gesetz aber ward von den Agrarier und ihrem Anhänger, unter getreuer Mithilfe des überwiegenden Teiles des Centrums und der Nationalliberalen, gegen unsere Stimmen und diejenigen der bürgerlichen Opposition angenommen.

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Eine "Bankrotterklärung der sächsischen Sozialdemokratie" soll nach der Sächsischen Nationalliberalen Korrespondenz die Anerkennung des Erfahrungssatzes von der Aussichtslosigkeit jeder Wahlrechtsreform in demokratischem Sinne sein, den wir dem Vorschlag des Vorwärts auf Besprechung der Wahlrechtsreform in den einzelnen Bundesstaaten entgegengehalten hatten. Die Korrespondenz will einen Widerspruch zwischen dieser Auffassung und dem sozialdemokratischen Flugblatt herausdestillieren, daß jetzt überall in Sachsen verbreitet wird und in dem zur Wahl sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter aufgesetzt wird. Was die Frage der Wahlrechtsform in den Einzelstaaten mit den Reichstagswahlen zu thun hat, ist das Privatgeheimnis der Sächsischen Nationalliberalen Korrespondenz. Augencheinlich seit sie voraus, daß die sächsischen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in Berlin die Abstimmung des sächsischen Klassenwohlsrechts votieren werden. Grün genug ist sie zu einer solchen Annahme. Wenigstens deutet sie unseren neuerlichen Hinweis auf "eit ganz neues Gebiet der proletarischen Aktion" als Aufforderung zur "Gewaltpolitik", für welche die Zeit allerdings noch nicht gekommen sei."

So geht es, wenn die Herren Nationalliberalen anfangen, politische Begriffe in ihr geliebtes Deutsch zu übersetzen. In ihren unsauberen Köpfen gerinnt jedes politische Denken zu hochnotpeinlichen Delikten. Ein "neues Gebiet der proletarischen Aktion" wird ihnen unter der Hand zu Aufruhr und Rebellion, und eine sozialdemokratische Massendemonstration für das allgemeine Wahlrecht bei den Reichstagswahlen würden sie gar zu gern als Hochverrat gegen die junge Herrlichkeit der sächsischen Proletrevolution de-nunzieren. Wir schätzen die nationalliberale Intelligenz nicht allzu hoch ein; aber so viel ist sicher, daß man ihr a u f h e r h a l b Sachsen solch feigen Blödsinn nicht bieten dürfte. Das nationalliberale Preßpublizum Sachsen's genießt heute noch allein in deutschen Landen den Vorzug, mit solchen Ausgeburten unheimlicher patriotischer Seelenangst bedient zu werden, und, wie Figura zeigt, haben die nationalliberalen öffentlichen Meinungskräfte in Sachsen ihre Leute richtig taxiert.

Eine Bankrotterklärung? Allerdings. Aber der sächsische Nationalliberalismus bildet die Firma.

Liebermann von Sonnenberg glaubt nicht an das sächsische Zollerartell, soweit die Antisemitische in Frage kommt. Die "Sache" erscheint Herr Liebermann schon deshalb unwahrscheinlich, "weil vor wenigen Monaten die (antisemitischen) Reformer auf einem Parteitag beschlossen haben, eine Anzahl von sächsischen Wahlkreisen anzugreifen, die heute in konserватivem und nationalliberalen Besitz sich befinden". Nachdem dies s. St. in den Zeitungen bekannt gemacht ist, kann die Leitung der Reformpartei doch nicht von heute auf morgen ihren Plan ändern und sich einer Kartellpolitik zuwenden, die weit über das hinausgeht, was als "Liebermannsche Taktik" sonst erbittert bekämpft wurde. Die Reformpartei in Sachsen habe ferner nach dem Verlust des Nationalliberalen untrüglich von den Sozialdemokraten entzerrten Wahlkreises Döbeln-Rossmann öffentlich den festen Entschluß ausgebrochen, diesen früher gut antisemitischen Kreis nunmehr den Sozialdemokraten wieder abzunehmen. Zum übrigen hält Herr Liebermann die ganze Nachricht über das "Ordnungskartell" in Sachsen lediglich für einen "Versuchsballon", den man von nationalliberaler Seite aufsteigen lasse.

Ob die Antisemiten im Kartell mitmachen oder nicht, hängt nicht von ihnen selbst ab, sondern von ihren Brotpartnern, den Blödlern. Glauben die Blödlern, daß ein

solches Kartell notwendig, und die antisemitische Hilfe notwendig ist, dann muß der antisemitische Bier einfach mitmachen, sonst wird ihm der Brotkorb höher gehängt. Lebriegen ist es ja auch völlig Wurst, ob die Antisemiten beim Kartell mit dabei sind oder nicht. Sie sind so viel wert wie die anderen und gleich und gleich gefestigt sich gern, sagte bekanntlich der Teufel zum Kohlenbrenner. Wenn in antisemitischen Köpfen die Idee spukt, uns den 10. Kreis für die Antisemiten abzunehmen, so sind die „Helden vom Sozialismus für die dummen Kerle“ um eine so leise Naivität nicht zu beseitigen. Wieviel Gönner der „guten Sache“ mühten da angepumpt werden, um einen entsprechenden Kampf führen zu können? Wir werden im 14. Kreise den Antisemiten im nächsten Jahre beweisen, daß auch dort für ihren „Kram“ kein Boden ist, viel weniger dann im 10. Kreise.

**Ein König Albert-Denkmal — ohne künstlerisches Interesse.** Ein unbeschreibliches Pech ist den Stadtvätern in Crimmitschau passiert. Seit Jahr und Tag hatten sich diese nämlich schon auf den Moment gefreut, da auf der 1903 in Dresden stattfindenden deutschen Städteausstellung das — Modell des Crimmitschauer König Albert-Denkmales „glänzen“ würde. Diese Freude ist nun den patriotischen Städteherrn plötzlich und gräßlich verborben und zwar — durch die Ausstellungsteilung selbst! Diese teilt nämlich dem Stadtrat zu Crimmitschau mit, daß sich das Modell zur Ausstellung nicht empfehle. Wörthlich heißt es in dem Bescheid: „Was dieses Modell anlangt, so bringen die räumlichen Verhältnisse den Vorstand der Ausstellung, die Ausstellung in Modellen politischer Denkmäler, welche Herrschern, Staatsmännern &c. errichtet worden sind oder werden sollen, abzulehnen. Bei der Gleichartigkeit der größeren Zahl dieser Anmeldungen würde diese Ausstellung kein hervorragendes künstlerisches Interesse darbieten.“

Über die wirtschaftliche Lage Sachsen äußern sich die österreichischen Konsulate in Dresden und Leipzig in Einzelberichten an ihre Regierung. Es heißt da u. a.: In den Hauptzweigen des Chemnitzer Bezirks, der Strumpf- und Handschuh-Fabrikation, herrscht noch immer für Ju. und Ausland rege Tätigkeit; vorzüglich beschäftigt ist die vogtländisch-erzgebirgische Säckerei-, Spitz- und Weißwaren-Fabrikation; gut gehen Unterzunge, lambourierte Gewebe, Tüllle, Kamm, Streich- und Strügarni-Spinnereien, Konfektionsfabriken, die Tuchfabrikation von Werdau, Crimmitschau, Großenhain; schlechter in Kirchberg; gute Aufträge haben die Gorlitzer- und Radebeulergeschäfte, auch Sägewerke. Weniger günstig liegen die Verhältnisse bei den Möbelstoff- und Gardinenwebereien, bei dem Geschäft in Hammüppen, Leder-, Schuh- und Stoßfleischwaren, sehr ungünstig in der Glashandschuh-, Musikinstrumenten-, Maschinen- und Papierfabrikation und besonders bei den Holzsägereien, die nur ganz geringen Absatz haben.

**kleine Nachrichten aus dem Lande.** Die Klagen über die schlechte Feldbeerernte im Vogtlande sind allgemein. Viele Bewohner der dortigen Walorte entgeht durch das Fehlen dieser Frucht ein erheblicher Verdurst. Ebenso schlecht ist die Wildernte. — In der Umgegend von Hirschfelde ist das am Donnerstag niedergegangene Gewitter ebenfalls erheblichen Schaden angerichtet. Der Blitz fuhr dabei in die Telegraphenleitungen und Leitung. In der in der Nähe gelegenen Post schmolzen sofort die Sicherungen, und zwei Postbeamte wurden durch den Kurzschluß an die Wand gebrückt. Der gerade auf seinem Rad nach Wittgendorf absahrende Landbriefträger wurde umgeworfen; auch andere in der Nähe sich befindende Personen wurden durch den gewaltigen Aufprall zu Boden geworfen. Ein größerer Schaden ist glücklicherweise nicht verursacht worden. — Die größte Güterzugsmaschine ist dieser Tage in der Hartmannschen Maschinenfabrik in Chemnitz fertiggestellt worden. Zu ihrem Transport nach dem Hauptbahnhof waren 22 Pferde erforderlich. Sie besitzt ein Gewicht von 1400 Centnern und zieht auf ebener Strecke 900 Tonnen; ausgerüstet ist sie mit sechs Achsen und zwei übereinander liegenden Ketten, wovon der oberste bedeutend kleiner ist. Die Maschine wird nächsten Monat in Betrieb genommen und fährt nur Güterzüge auf der Dresdener Linie. Da sie einen Doppelzug benötigt, macht sich eine Vorpannungsmaschine überflüssig. — Der Schaubudenbesitzer B. Singenthal hat sich auf dem Schützenplatz in Werbau mit einem Revolver in den Kopf geschossen und dadurch sehr schwer verwundet. Familiengewissigkeiten sollen die Veranlassung zu der bedauerlichen That gewesen sein. — In Görlitz galt ein jähriges Mädchen Spiritus ins Feuer; das Gefäß explodierte, und im gleichen Augenblick standen die Kleider des Kindes in Flammen. Dieses rannte zwar in den Hof und stürzte sich in ein Wassersäb, doch waren die entstandenen Verletzungen schon so schwerer Art, daß nicht lange nach seiner Überführung in eine Heilanstalt der Tod eintrat. — Schwere Verletzungen am Kopfe fügte aus Versetzen ein Knecht in Ragwitz einer etwa 16 Jahre alten Kleinmagd beim Roggenmähen zu, indem er ihr vor der Niederlegung eines neuen Schwadens beim Gehne mit der geschulten Faust das rechte Ohr und die Wade bis an den Halsansatz aufschlitzte. — Auf der Straße von Treuen und Wechselgrün wurde ein in den 40er Jahren sichtbarer Mann tot aufgefunden. Die Personalien konnten noch nicht festgestellt werden.

**-r. Aus Thüringen.** 4. August. Ein sehr sauberes Gesichtchen zur Illustration der bekannten Heiligkeit der bürgerlichen Ehe erregt wieder einmal in der Metropole Erfurt allerlei Interesse und Aufsehen, um so mehr, als es sich um Beamte handelt, deren sittenstrenges Leben bekanntlich in Preußen, nach den Angaben der feudal-kapitalistischen Staatsreiter und ihrer Presse, einen Grundstein des Staates bildet. Diese Presse schweigt denn auch naturgemäß den blamablen Fall sein säuberlich tot; es ist Fleisch von ihrem Fleisch, dieser saubere Patron von Postsekretär mit Namen Buchholz in Erfurt, der die Frau seines Kollegen auf das insamme verlockt und versöhnt hat. Der Betrogene hat die Scheidung beantragt und der biedere Buchholz wird bürgerlich rechtlich wohl gesetzt werden. Inzwischen hat die Postverwaltung ein menschliches Auge gehabt und die bis dahin intimen Freunde auch äußerlich getrennt. Der Verführer ist nach Meß verurteilt und der betrogene Freund nach Gera. Da, wie verlautet, beide Presseveroffiziere sein sollen, so erleben wir vielleicht noch das obligate Duell.

Der „Preußenrummel“ hat seinen Anfang genommen und die bürgerliche Presse, von der sogenannten demokratischen angefangen bis zur schwärzesten und reaktionärsten, ist, wie üblich, vor lauter Jubel rein aus dem Häuschen. Während sie ihre Spalten seit Tagen und Wochen mit den tollsten Geschichtsblätterungen füllt, findet sie kein Blättchen frei, um unseren Protestversammlungen gegen den Unzug des Preußenrummels wenigstens chronistisch festzulegen. Die erste Protestversammlung in Wühnhausen war Sonnabend trotz des gewiß verlorenen

tollsten Festzubels der ganzen Stadt, stark besucht. Unser Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Grunwald, bedie in kurzen charakteristischen Zügen das wahre Bild der preußischen Geschichte des verflossenen Jahrhunderts auf, worauf von der Versammlung eine Resolution im Sinne des Referats einstimmig angenommen wurde.

**Köthen.** 4. August. In der letzten Sitzung des Gemeinderats erstattete Oberbürgermeister Schulz Bericht über den Stand der Akademie-Angelegenheit. Die von der Staatsanwaltschaft gegen den Direktor Dr. Holzapfel eingeleitete Verurteilung ist noch nicht abgeschlossen, und Oberbürgermeister Schulz glaubt, daß Direktor Holzapfel vollständig rein und ehrenvoll daraus hervorgehen werde. Von Fälschungen von Diplomen, von Ausstellung von Abgangsdiplomen gegen hohe Vergütung und der gleichen Phantastereien sei keine Rede. Die herzogl. Oberhofbehörde betrachtet Dr. Holzapfel noch heute als den allein berechtigten Vertreter des Instituts. Eine andere Wendung befam die Angelegenheit durch ein weiteres Schreiben des Direktors Dr. Holzapfel, in dem dieser aussieht, daß es für das Institut von großer Bedeutung sein würde, wenn es aussähte, Privat-institut zu sein, und in staatliche oder städtische Verwaltung überzugehen. Er erklärt sich zu diesem Zwecke bereit, von dem mit der Stadt geschlossenen Vertrage zurückzutreten, wenn ihm eine entsprechende Entschädigung für seine langjährige Arbeit gewährt würde. Oberbürgermeister Schulz erkannte die Berechtigung dieser Bedingung an und schätzte den Tagwert des dem Dr. Holzapfel gehörigen Inventars auf 90—100000 M. Da an eine Verstaatlichung des Instituts nicht zu denken ist, hat sich der Oberbürgermeister entschlossen, die Übernahme in städtische Verwaltung zu fordern. Die Oberschulbehörde, hofft er, werde der Stadt hierbei mit größtem Wohlwollen entgegenkommen. Der Gemeinderat erklärt sich mit den Ausführungen des Oberbürgermeisters einstimmig einverstanden. Im Anschluß daran wurde die Mandatsübertragung des Direktors Dr. Holzapfel als Stadtverordneter verhandelt. Die Versammlung beschloß, diese Niederlegung nicht anzuerkennen, vielmehr das ärztliche Attest zur Kenntnis zu nehmen und Dr. Holzapfel bis auf weiteres Urlaub zu gewähren.

**Magdeburg.** 4. August. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend abend kurz vor 7½ Uhr in einem Grundstück der Ulrichstraße. Der 14-jährige Dausbürsche Hermann Liebetraut, beim Photographen Dettmann dort beschäftigt, stürzte beim Teppichslopfen vier Stock hoch vom Dach herab. Der Unglückliche schlug auf einen auf dem Hof des Grundstücks stehenden Mollwagen und starb auf dem Transport nach dem städtischen Krankenhaus.

### Auskunft in Rechtsfragen.

**Z. Z. 11.** 1. Nach Gotha, als beim letzten Ausfuhrtor, den Ihre Eltern vor Ihrer Übersiedlung nach Sachsen hatten.

2. Standesamt Halle a. S. 3. Mein.

**P. M.** Warten Sie ruhig ab, wie die Dinge laufen. Er wird schon wiederkommen, wenn es ihm draußen nicht mehr gefällt.

**G. D.** Sie können auf dem Amtsgericht Einsicht ins Grundbuch nehmen.

**Z. Z. 1000.** Das ist in den einzelnen Fällen sehr verschieden. Sie thun am besten, sich direkt beim Standesbeamten unter Darlegung Ihrer Verhältnisse Auskunft zu holen.

**Z. Anger.** 1. Mein. 2. Im Zweifel, d. h. wenn bestimmt hierüber nicht verabredet war, ist anzunehmen, daß die Rückforderung ausgeschlossen sein soll, wenn das Verlöbnis durch den Tod eines der Verlobten aufgelöst wird.

### Briefkasten der Redaktion.

**Ein Dresdener und ein Leipziger.** Die Landwehr-Compagnien sind selbständige Compagnien, die auch zu selbständigen Landwehr-Bataillonen vereinigt werden können.

### Theatervorstellungen.

#### Neues Theater.

Dienstag den 5. August: 198. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot):

#### Der Vogelhändler.

Operette in 3 Akten (nach einer Idee des Böhlée) von M. West und L. Held. Musik von Karl Beller.

Regie: Regisseur Proft. — Direktion: Kapellmeister Meyer.

Kurfürstin Marie . . . . . Fr. Wolff

Baronin Adelalde } Hofsäden . . . . . Fr. Bule

Komtesse Minni } Hofsäden . . . . . Fr. Schröder

Baron Beps, kürfürstlicher Wald- u. Wildmeister . . . . . Fr. F. Groß

Graf Stanislaus, Garde-Offizier, sein Riese . . . . . Fr. Sturmels

von Scharrnogel, Kammerherr . . . . . Fr. Beugel

Sifflie } Professoren . . . . . Fr. Greiner

Wolfram } Professoren . . . . . Fr. Proft

Adam, Vogelhändler aus Tirol . . . . . Fr. Helene

Die Brief-Christel . . . . . Fr. Linda

Sched, Dorschjulie . . . . . Fr. Schumir

Emmerenz, seine Tochter . . . . . Fr. Renner

Nebel, Wölfin . . . . . Fr. Kunzmann

Jetze, Kellnerin . . . . . Fr. Bohle

Quendel, Hoslatat . . . . . Fr. Bärwinkel

Mauroner } Tiroler . . . . . Fr. Keller

Cyndi } Gemeinde-Musikanten . . . . . Fr. Sommer

Magerl } Gemeinde-Musikanten . . . . . Fr. Scholz

Gußling } Gemeinde-Musikanten . . . . . Fr. Diermann

Weller } Gemeinde-Musikanten . . . . . Fr. Richter

Weinleber } Gemeinde-Musikanten . . . . . Fr. Schröder

Ein Blauer . . . . . Fr. Renner

Ort der Handlung: In der Rheinpfalz.

Pause nach dem 2. Akt.

Einlaß 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 1/2 Uhr. Schauspiel-Presto.

Billet: Verkauf an der Tagekasse von 10—12 Uhr. Billett-Borderlauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr. (Jedes Billett, welches vor Eröffnung der Tagekasse bestellt oder im Borderlauf entnommen wird, kostet 80 Pf. Aufsatz.)

Spielplan: Mittwoch: Der Diavolo. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Die Tyrannei der Theben. Vorher zum erstenmal: Der gute Tag. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Zum erstenmal: Die Kreuzfahrer. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Zum erstenmal wiederholt: Die lieben Feinde. Anfang 7 Uhr.

#### Altes Theater.

Dienstag bis Sonnabend: Geschlossen.

### Veranstaltungskalender.

Dienstag: Maurer. Samstag. Abends 8 Uhr.  
Gitarrenkonzert. Abends 9 Uhr. Mittwoch. Abends 8 Uhr.  
Sommertreffen Schauspieler. Deutliche Versammlung. Dienstag. Abends 9 Uhr.

### 142. Sachsische Landeslotterie.

#### Lotterie vom 5. August.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 151 Mark gezogen.

(Ohne Gewinn.) (Rückzug verboten.)

40 000 auf Nr. 44651 bei Herrn A. Böde in L. Neuburg.

20 000 auf Nr. 70486 bei Herrn Arthur Winkler in Dresden.

10 000 auf Nr. 62998 bei Herrn G. H. Reichel & Sohn in Dresden.

### 5. August

1902.

500 85 881 855 888 11 484 455 898 215 789 090 588 968  
776 (200) 914 62 869 820 512 700 (200) 701 419 (200) 1186  
229 205 780 100 985 88 802 184 415 157 (200) 106 878 700 91  
812 522 2357 200 874 577 105 426 802 820 (200) 438 508 704  
807 896 558 160 122 81 152 79 530 895 322 425 (200) 115  
886 258 58 905 608 4568 95 72 609 648 104 684 89 855 416  
861 890 350 154 334

5211 672 54 123 802 669 188 (200) 740 97 116 087 387

708 210 730 612 551 6546 713 405 844 99 418 790 (200) 974

628 282 623 580 81 20 664 148 888 551 509 554 64 850 7109

418 265 188 520 887 114 584 408 390 905 (200) 55 480 987 895

8720 807 542 820 420 (200) 467 708 404 (200) 266 686 9224

407 148 319 (200) 600 255 557 980 910 812 108 273 486 (500) 849

10180 (200) 60 886 972 818 848 780 28 827 (200) 814 826

232 553 861 11155 871 280 765 96 276 86 (500) 18 505 (200)

12157 8 74 (500) 944 281 216 792 526 790 855 816 600 708

247 13008 248 808 847 928 169 855 842 437 681 274 805

109 911 915 518 14526 978 886 (200) 766 152 80

# 2. Beilage zu Nr. 178 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 5. August 1902.

## Ein interessanter Streik.

Breslau, 2. August. Die Croupiers der Spielhölle in Spa, des elegantesten und beliebtesten Sommerraumhalles der fassionablen Welt und Halbwelt, haben zu „streiken“ begonnen.

Seit fünf Tagen beschlägt Gendarmerie und Polizei die so bevorzugten Etablissements der oberen Schicht aus aller Nationen, worin sie die Reichsländer ebenso schnell verschwunden, als sie sie mihielos erbeuteten.

Die Direction des Kasinos ist eifrig auf der Suche nach Erklärfesten. Sie will die Roulette und Kurbel so lange ruhen lassen, bis „Arbeitswillige“ aus Ostende, Namur oder Monaco eintreffen. Wie es heißt, haben sich jetzt sogar die Kasinoinspekteure bereit erklärt, ganz nach vulgärer Art „Streikbrecherdienste“ zu leisten. Davon sind die „Ausländer“ nicht sonderlich erbaut und suchen durch Demonstrationen, die zu Handgreiflichkeiten ausgetauscht sind, ihrer übrigens leichtbegreiflichen Empörung Lust zu machen. Dadurch aber hat wiederum Gendarmerie und Polizei Gelegenheit zum Einschreiten bekommen. Hier kurz die Ursachen dieser „Lohnbewegung“:

Selbst einem Monat schont die Unzufriedenheit ihren Eingang bei den — Arbeitern des Kasinos, besonders bei den Croupiers. Ein Regelmeit sollte eingeführt werden, daß dieser interessanten Arbeiterschicht die Annahme von Trinkgeldern verbot. Daraus drohte eine Kasinorevolution auszubrechen. Die Drohung mit dem Streik brachte die Direction ins Wanken und sie ließ es bei dem status quo.

Vor einigen Tagen aber hat, so sagt man, die Direction einen anonymen Brief erhalten, der mitteilte, daß ein Angestellter Trinkgeld gesorbert habe.

Diese Thatsache wäre an und für sich von keiner Bedeutung für eine Spielhölle, wie die in Spa ist, wo nur Leute verkehren, die auf einige Goldstücke mehr oder weniger nicht sonderlich acht zu geben brauchen.

Augenscheinlich sind dabei noch andere Dinge vorgekommen, aber der anonyme Schreiber des Briefes hat mit — einer Flucht in die Öffentlichkeit gedroht und dadurch die Direction zum Handeln getrieben.

Der profanen Welt konnte nämlich bei passenden und unpassenden Gelegenheiten — siehe die Diskussion des Gesetzes gegen die Spielhöhlen — von den interessierten Kreisen nicht genug von der absoluten Rechtlichkeit und Unschuld des Hazardspiels vorgefungen werden. Und gar viele Leute mögen diese mit der Miene des Biedermannes vollzogene Mohrenköpfe mit sympathischen Augen betrachtet haben.

Durch die Bekanntmachung eines unsauberen Vorfalls aber, wie der obige, wäre das Auge der Öffentlichkeit wieder auf diesen permanenten Skandal — die Duldung des Hazardspiels und dessen Folgen — gelenkt worden, und man hätte den zahlreichen Gegnern des Kasinos die willkommene Gelegenheit geboten, einen Sturm der öffentlichen Meinung zu entfesseln, der diesen Lasterhöhlen alleseit den wohlverdienten Untergang bereitet, d. h. den König gezwungen hätte, daß in dem Ministerrium schlummernde, von der Kammer und dem Sejm vorliebte Gesetze, die Spielhöhlen betreffend, zu sanktionieren, was zu thun er sich als Interessent — Privatinteresse geht auch bei einem Könige vor — bis dato geweigert hat.

Diese Erwägungen haben es wahrscheinlich der Direction des Kasinos geboten erscheinen lassen, den umgeschüttelten „Trinkgeld“ vorberaubenden Croupier zu entlassen. Die übrigen Croupiers, 150 an der Zahl, erklärt sich mit dem entlassenen solidarisch und stellten die „Arbeit“ ein.

Beide Teile sind fest entschlossen, im Kampfe auszuhalten, was lebhafte zu wünschen ist, damit Leopold II. sieht, daß auch ohne die Sanktion des Gesetzes gegen die Spielhöhlen die Hazardspieler in Spa wenigstens — eingestellt werden muß.

Immerhin darf man auf den Ausgang dieses eigenartigen „Streits“ gespannt sein.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. August.

Achtung, Holzarbeiter! In der Nr. 170 des Vorwärts steht in kurzen Worten, daß der Zustand der Holzarbeiter in

Beulenroda beendet sei. Jedoch ist dem nicht so; der Streik dauert noch so lange fort, bis eine Einigung in allen Punkten der gestellten Forderungen erzielt ist; eine Einigung ist jetzt aber erst in einem Punkt vorhanden. Am 31. Juli wurde durch Kollege Ahrens-Berlin das Gewerbegericht zum zweiten Male als Einigungskant angesehen, und wird voraussichtlich in Laufe dieser Woche eine weitere Verhandlung stattfinden. Bis auf weiteres ersuchen wir, den Zugang hierher streng zu vermeiden.

Die Lohnkommission.

Der Bildungsverein zu Markleeberg war im vergangenen Winter wiederholt bei der Amtshauptmannschaft um Genehmigung zur Abhaltung eines Vergnügens eingetragen. Nachdem der Verein zweimal abfällig beschieden worden war, da der vorgesetzte Behörde der gewählte Tag nicht genehmigt war, traf endlich, als das Vergnügen verlegt wurde, die Erlaubnis zur Abhaltung eines öffentlichen Vergnügens unter der Bedingung ein, daß kein Tanzgeld erhoben werden dürfe. Einige Tage nach dem Feste erhielt der Vorsitzende des Vereins, der Nachbedecker Karl Robert Beck, von der Amtshauptmannschaft eine Strafversetzung in Höhe von 30 M. wegen Übertretung des Tanzregulativs, die darin erblitten wurde, daß trotz Verbots ein Tanzgeld von 50 Pfennigen erhoben worden sei. Der Verein ließ seinen Vorsitzenden hiergegen Berufung einlegen mit der Begründung, daß es überhaupt fraglich sei, ob die von der Amtshauptmannschaft an die Abhaltung des Vergnügens gefüllten Bedingungen berechtigte waren, da um die Genehmigung zu einem öffentlichen Vergnügen gar nicht eingekommen und ein solches auch gar nicht abgelehnt worden sei.

Vom Schöffengericht sowohl als vom Landgericht wurde aber die Verurteilung als unbegründet verworfen, weil die Amtshauptmannschaft nach Ansicht dieser Instanzen zu den fraglichen Bedingungen wohl berechtigt gewesen sei, da die Abhaltung des Vergnügens gleichviel, ob es ein öffentliches oder nur ein Vergnügen öffentlicher Art war, von ihrer Genehmigung abhing. Der Verein gab sich auch hiermit noch nicht zufrieden und legte Revision ein, die die Auslegung der Begriffe „öffentliche Vergnügung“ und „Vergnügen öffentlicher Art“ sowie „Tanzgeld“ für rechtswichtig bezeichnete. Die Entrichtung der 50 Pfennige ist bereits in einer dem Feste vorangegangenen Vereinsversammlung beschlossen worden und als Mitgliederbeitrag, nicht aber als Tanzgeld aufzufassen. Der Strafenzat des sächsischen Oberlandesgerichts erkannte aber ebenfalls auf Verwerfung der Revision, da der erwähnte Festbeitrag nur von jedem tanzenden Mitgliede erhoben worden und somit als Tanzgeld zu betrachten sei. Die Kosten sämtlicher Instanzen hat der Verein zu tragen.

Gegen den Krankenkassen-Schwindel scheint der preußische Minister für Handel und Gewerbe endlich einzuschreiten zu wollen. Er weist in einem Erlass die Aussichtsbehörden der Hilfsklassen an, alle in den letzten Jahren gegründeten Kassen und auch solche ältere Kassen, deren Leistungsfähigkeit nicht anser Zweifel stehe, einer Versicherungsleidtechnischen Prüfung auf ihre Leistungsfähigkeit zu unterziehen. Verantwort ist diese Anordnung durch die Wahrnehmung, daß vielfach Hilfsklassen ohne jede Versicherungsleidtechnische Unterlagen gegründet werden, die nach kurzer Zeit wegen Bohnungsfähigkeit geschlossen oder aufgelöst werden müssen.

Es wird ausdrücklich betont, daß sich das Vorgehen nicht gegen die Hilfsklassen überhaupt, sondern nur gegen solche Hilfsklassen richtet, die, auf unsichere Unterlage begründet, auf die Plunderung der breiten Massen ausgehen. Diese Kassen sind sogenannte Unternehmerklassen, die von einer einzelnen Person oder auch von einer Gesellschaft gleichgesinnt Personen aus Geschäftszwecken gegründet werden. Die Gründer, gegen deren Geschäftsfähigkeit die gewichtigsten Verdachtszeichen und deren Vorleben manchmal in sonderbarem Lichte erscheint, belästigen die Gründung einer Kasse, nennen sich großspurig Direktoren und Subdirektoren und machen sich von vornherein eine lebenslängliche Stellung und ein angemessenes Gehalt ans, obwohl in der Regel noch kein Pfennig in der Kasse ist.

In vereinzelten Fällen schließen die Gründer etwas Kapital ein, aber nur, um es in dem Augenblick, wo durch Beiträge eine entsprechende Summe eingetragen ist, mit ihnen wieder zurückzunehmen. Auf Grund des von den Gründern vereinbarten Statuts wird die Zulassung als eingeschriebene Hilfsklasse nachgesucht. Diese kann nach Lage der Gegebenheit selbst dann nicht verweigert werden, wenn der schwindelhafte Charakter des Unternehmers klar hervortritt.

Der Nachweis einer soliden finanziellen Unterlage darf nicht verlangt werden; die Zulassung muß ausgesprochen werden ohne Rücksicht darauf, daß die Gründer wegen Vergehens gegen das Eigentum vielleicht schon im Buchthaus gesessen haben oder daß von vornherein die Unzulänglichkeit der Verträge gegenüber den Leistungen feststeht. Die Kasse erhält einen wohllegenden Namen, und dann wird das „Geschäft“ eröffnet. Durch Reklame in den Zeitungen und durch herumlaufende Agenten sucht man Mitglieder zu werben, was bei der Ansicht, durch niedrige Leistungen den Rufspruch auf hohe Krankenunterstützungen zu erhalten, nicht schwer fällt. Die Enttäuschung folgt aber, sobald das Bedürfnis auf Unterstützung für das Mitglied eintritt. Die Aufnahme in die Kasse erfolgt unter Benutzung von Formularen, die sehr scharfe Bestimmungen über den Ausschluß aus der Kasse namentlich für den Fall enthalten, daß Krankheiten vor der Aufnahme verschwiegen sind. Die Formulare werden aber bei der Aufnahme nicht gehörig durchgelesen, entweder weil der Aufnahmeforschende noch seiner Bildung den Sinn der Vorschriften nicht zu erfassen vermag, oder weil der Agent beim Unterschreiben des Formulars drängt oder sogar selbst das Formular ausfüllt, ohne dem Aufnahmeforschenden Gelegenheit zum Durchlesen zu geben. Daneben geben die Agenten über die Verpflichtung zur Angabe von Krankheiten beruhigende Versicherungen, als ob es der Vorstand mit der Beantwortung dieser Fragen nicht so angstlich nehme. Thatsächlich aber versäßt der Vorstand in diesem Punkte mit rücksichtsloser Strenge, denn das ganze Geschäftsprinzip der Kassen beruht darauf, in Krankheitsfällen die Kassenmitglieder wegen Verschwiegen von Krankheiten aus der Kasse auszuschließen, um dadurch die Ausgaben für die Krankenunterstützungen zu sparen. Der Vorstand hat denn auch in Krankheitsfällen nichts Eilligeres zu thun, als Nachforschungen darüber anzustellen, ob das erkrankte Mitglied bei seiner Aufnahme nicht irgend eine Krankheit verschwiegen habe. Stellt sich dann heraus, daß das erkrankte Mitglied vor der Aufnahme an irgend einer, wenn auch noch so unbedeutenden Krankheit gelitten hat oder daß er eine für den Gesundheitszustand völlig gleichgültige Verletzung am Körper, z. B. Verlust eines Fingergliedes nicht angegeben hat, so beschließt der Vorstand den Ausschluß, und das Mitglied hat seine Beiträge umsonst bezahlt. Da der Beschluß über die Ausschließung nur im Rechtswege angefochten, auch die Bewährung der Krankenunterstützung nur durch Klage vor den ordentlichen Gerichten gefordert werden kann, so ist der Vorstand gegen jede weitere Bewilligung ziemlich gesichert.

Bedauerlich bleibt dabei nur, daß es kein Mittel gibt, um die Gründung solcher Kassen von vornherein zu verhindern, sondern daß erst die Rechnungsberichte abgeworfen werden müssen, ehe man einschreiten kann. Bei einer Sanktionierung oder Ausschließung werden naturgemäß auch die Mitglieder in Mitlisidentität gezwungen. Die bestehende Lücke in der Gesetzgebung bedarf dringend der Beseitigung. Laufende Leipziger Arbeiter sind trotz aller unserer Warnungen auf die oben geschilderte Weise ausgespielt worden, und zwar nicht nur von Kassen, die sich in Leipzig oder in Sachsen befanden, sondern auch von solchen, die ihren Sitz in Berlin hatten. Unzählige Arbeiter müssen noch jetzt an die bankrott gewordenen, von Liquidatoren verwalteten Kassen ganze Jahresbeiträge nachschicken, obwohl sie ihre ehemalige Mitgliedschaft schon längst für erloschen hielten.

Eine interessante Steuersache wurde gestern vor dem sächsischen Oberverwaltungsgericht verhandelt. Der jetzt in Dürrenberg wohnhafte Grundstücksbesitzer und Rentier Emil Geilhuske hatte die Ansehnungssklage gegen seine Heranziehung zur Einstromensteuer für das Jahr 1900 erhoben. Der Genannte war von der Einstromungskommission u. a. zur Steuerleistung mit einem Einkommen von 30000 M. herangezogen worden, das aus dem Handel mit Grundstücken herührte. Zur Entlastung steht die Frage, ob G. am 26. März 1900 noch das Gewerbe des Grundstückshandels betrieb. G. bestreitet dies. Er besaß vor mehreren Jahren auf Betsch'scher Flur bei Leipzig ein Areal von 51800 Quadrat-Metern, das er in den Jahren 1894 bis 1897 in einzelnen Parzellen als Bau- und verkaufte und daraus einen Erlös von rund 115000 M. erzielte. Bei der Einstromung seines Einkommens für 1900 will er nur noch einige Grundstücke besessen haben. Die Reklamationskommission wies ihn mit seiner

## Kleine Chronik.

Leipzig, 5. August.

Theaternachrichten. Neues Theater. Heute: Fra Diavolo. Morgen: Die Tyrannen der Thränen. Vorher: Zum erstenmal: Der gute Tag. Schauspiel in einem Akt von A. Schwabe.

Spieltag am Freitag hier zum erstenmal in Szene gehende Oper Die Kreuzfahrer hat einen fesselnden Text mit starken dramatischen Effekten, den der Komponist selbst mit Hilfe seiner Gattin nach einem Schauspiel Kopabues bearbeitete.

Ein interessantes Gastspiel bietet der nächstwöchentliche Spielplan unseren Opernfreunden; der L. L. Kammerlänger Leopold Demuth von der Wiener Hofoper, noch unvergessen von seiner fünfjährigen hiesigen Tätigkeit, wird am kommenden Sonntag als Alceste ein kurzes Gastspiel eröffnen.

Hofkapellmeister August Klughardt in Dessau ist am 8. August gestorben. Klughardt war im Jahre 1847 in Köthen geboren; seit 1882 lebte er als Hofkapellmeister in Dessau, dessen feinstes Musikkabinett ihm ganz zu verdanken ist. Seit 1879 trat Klughardt als Opernkomponist hervor; er schrieb die Opern Zwein, Gudrun, Die Hochzeit des Königs (1888), eine Reihe Symphonien, Kammermusikwerke, Lieber ic. In den letzten Jahren errang er besonders mit zwei großen Oratorien: Berührung Jerusalens und Judith weite Anerkennung.

Ruht der Komponist gestorben, darf man wohl hoffen, daß auch seine Opern einen größeren Wirkungskreis finden werden, an denen man bis jetzt leider ziemlich achsellos vorbeigegangen ist. Klughardt ist kein türrischer Dahnendreher in der modernen Musik gewesen, wohl aber ein feinsinniger Beherrscher der gegebenen Formen, die er mit reinstem künstlerischem Inhalt zu erfüllen wußte.

Die Internationalität der Wissenschaft. Die Königl. Akademie der Wissenschaft zu Berlin feiert alljährlich im Juli den Geburtstag ihres Gründers, des großen deutschen Philosophen, Mathematikers und Naturforschers G. W. Leibniz. (Geboren 21. Juli 1646.) Professor Waldecker, der diesmal die Festrede hielt, läßt dabei an einen Gedanken an, den Leibniz schon 1696 in einem Briefe ausgesprochen. Es heißt da: „Zu wünschen wäre es, daß es eine universelle Gesellschaft unter den Gelehrten gäbe, welche über gleichsam in verschiedene Kollegien geteilt wäre. Denn der Zusammenhang der verschiedenen Teile der Gelehrten-

heit ist so groß, daß sie nicht besser als durch wechselseitige Harmonie und im gewissen Einverständnis gefördert werden können. Doch da wir ohne höhere Autorität dahin zu gelangen nicht hoffen können, so müssen wir uns mit verschiedenen Gesellschaften begnügen, welche zuletzt, vermöge der inneren Beschaffenheit der Sache selbst, sich miteinander verknüpft sehen werden.“ Thatsächlich ist der Gedanke der internationalen Vereinigung der Akademien 200 Jahre später auf dem in den letzten Worten angegebenen Wege von innen heraus, verwirklicht worden. Nachdem in Deutschland die vier Akademien von Göttingen, Leipzig, München, Wien schon 1808 ein Kartell geschlossen hatten, nahm diese mit der Royal Society in London den Gedanken der Vereinigung aller größeren gelehrten Gesellschaften und Akademien der Erde zu einer International Association kräftig auf; die Bemühungen waren von Erfolg gekrönt, im April 1901 wurde bereits die erste Generalversammlung der neuen Association in Paris abgehalten, die zweite wird 1904 in London stattfinden. — Daß der Gedanke von Leibniz „vermöge der inneren Beschaffenheit der Sache selbst“ verwirklicht werden konnte, liegt im wesentlichen daran, daß erst jetzt die Voraussetzungen vorhanden sind, durch gesteigerte Verkehrsmittel, vermehrte Sprachkenntnis, vervollkommenete Veröffentlichungsmittel, zahlreiche wissenschaftliche Zeitschriften und last nicht least durch die Tagespresse, durch welche das große Publikum am wissenschaftlichen Leben teil nimmt. Prof. Waldecker schloß mit den schönen Worten: „Die Association der Akademien entspricht jetzt der allgemeinen Weltlage. Lebendigster Charakter an der heimischen Wissenschaften. Seit alter Zeit bediente man sich auf Neu-Wiedenbrück (Neu-Britannien) einer kleinen Meerschnecke als Muschelgeld, das unter dem Namen Dilwarra bekannt geworden ist und vorüber die ausführlichsten Nachrichten aus Dr. O. Finsch mitgeteilt hat (in den Ethnologischen Erfahrungen und Belegschriften aus der Südsee in den Annalen des Naturhistorischen Hofmuseums zu Wien. Wien 1898, S. 12.). Die aufgeteilten Schnecken werden nach dem Maß berechnet und es gibt, wie Finsch sich ausdrückt, auf Neu-Britannien sogar Dilwarra-Millionäre. Man konnte mit diesem Geld alles erreichen: Scherben, Mord, Blutschuld führen, Friedhofszahlungen zahlen und Frauen kaufen. Auch war es Kurzschwankungen unterworfen und wurde gegen Binsen verfechten. Solche Härlichkeit ist nun zu Ende, denn der Kaiserliche Gouverneur im Bismarck-Archipel hat das Reihnen und Gehren von Dilwarra im gewöhnlichen Handelsverkehr vom 1. April 1902 ab verboten, damit das deutsche Kleingeld das Umlauf kommt. Häufigkeitsermittlung, Binsen- und Blümchen sind wohl schon im Gebrauch und werden als Bezahlung von Eingeborenen entgegengenommen, aber nur in sehr beschränktem Maße, nämlich nur soweit sie sie brauchen, ihre wenigen Bedürfnisse aus dem Lager der Weißen zu decken. Für alles mehr wurde Muschelgeld von Seiten der Weißen bisher verlangt.“

Archipel, an Stelle der heimischen Wertmesser. Seit alter Zeit bediente man sich auf Neu-Wiedenbrück (Neu-Britannien) einer kleinen Meerschnecke als Muschelgeld, das unter dem Namen Dilwarra bekannt geworden ist und vorüber die ausführlichsten Nachrichten aus Dr. O. Finsch mitgeteilt hat (in den Ethnologischen Erfahrungen und Belegschriften aus der Südsee in den Annalen des Naturhistorischen Hofmuseums zu Wien. Wien 1898, S. 12.). Die aufgeteilten Schnecken werden nach dem Maß berechnet und es gibt, wie Finsch sich ausdrückt, auf Neu-Britannien sogar Dilwarra-Millionäre. Man konnte mit diesem Geld alles erreichen: Scherben, Mord, Blutschuld führen, Friedhofszahlungen zahlen und Frauen kaufen. Auch war es Kurzschwankungen unterworfen und wurde gegen Binsen verfechten. Solche Härlichkeit ist nun zu Ende, denn der Kaiserliche Gouverneur im Bismarck-Archipel hat das Reihnen und Gehren von Dilwarra im gewöhnlichen Handelsverkehr vom 1. April 1902 ab verboten, damit das deutsche Kleingeld das Umlauf kommt. Häufigkeitsermittlung, Binsen- und Blümchen sind wohl schon im Gebrauch und werden als Bezahlung von Eingeborenen entgegengenommen, aber nur in sehr beschränktem Maße, nämlich nur soweit sie sie brauchen, ihre wenigen Bedürfnisse aus dem Lager der Weißen zu decken. Für alles mehr wurde Muschelgeld von Seiten der Weißen bisher verlangt.

## Humoristisches.

Telegramm vom 31. Juli 1902. Kriegsschauplatz. Soeben haben unsere Truppen Führung mit dem Feinde gewonnen und die ersten Niederlagen mit ihm ausgetauscht. (Jugend.)

Aladairische Karriere. Ein Bonmot aus vergangenen Tagen ist ähnlich des Würzburger Konflikts in der bayrischen Abgeordnetenkammer wieder aufs Taper gebracht worden. Zu den Hauptentwänden, die das Centrum gegen die Hochschullehrer erhebt, gehört der Hinweis auf das Elitentum, das so alt ist wie die Universität und Fakultäten selbst. Da wurde denn an den Schwiegersonnen des großen Chemikers Liebig, den schwäbischen Philosophen Carrière, erinnert, von dem es hieß: „Als Carrière nach München kam, war er mißliebig, da heiratete er Miss Liebig und machte Karriere.“

Beschwerde ab, weil nach ihrer Ansicht G. in der fraglichen Zeit noch Grundstücke gekauft habe, um sie in gewinnbringender Weise wieder zu veräußern. Durch vielfache Entschuldungen der Steuerbehörden wurde G. in Leipzg auch als verursachiger Grundstücksänder angesehen. Den gegen diese Entscheidung eingelegten Rekurs begründete G. damit, daß eine steuerpflichtige Grundstückspekulation überhaupt nicht vorgelegen habe, da nur eine einmalige Grundstücksverbindung erfolgt sei. Wohl seien noch einige Grundstücksverkäufe erfolgt, doch habe er nichts dabei verdient, sondern sogar noch sehr fragliche Bedingungen bezüglich der Neuaufstellungen eingehen müssen. Ein anderes ihm gehöriges, in Leipzig-Gohlis gelegenes Stück Land sei auf viele Jahre hinaus in öffentlichen Schrebergärten umgewandelt worden. Dies bringe ihm ebenfalls keinen Nutzen. Dem Oberverwaltungsgericht schien die Sache aber noch nicht spruchreif; es will noch weitere Erörterungen anstellen und vertragt deshalb die Verhandlung.

**Bereitschafts-Gutschrift-Briefsendungen.** Dem Vernehmen nach hat das Reichspostamt mehrere Oberpostdirektionen angewiesen, bei geeigneten großen Kreisen ihrer Bezirke mit einer erweiterten Vorbereitung der Gutschrift-Briefsendungen für die Postbeförderung seitens größerer Geschäfte und dementsprechend einer vereinfachten Einsichtung der Sendungen Versuche anzustellen. Die erweiterte Vorbereitung soll darin bestehen, daß die Sendungen statt bei der Postanstalt bereits vom Absender mit Einschreibebetrieb besetzt und in ein als Post-einsichterbuch dienendes Annahmebuch eingetragen werden. Das Verfahren soll sich auf Einschreibbriefsendungen aller Art mit oder ohne Nachnahme sowie auf Postanstriche nach Orten des In- und Auslandes erstrecken. Das Verfahren soll zunächst auf größere Firmen u. c. beschränkt bleiben, die werktäglich wenigstens zehn oder bei seltener Einsichtung monatlich wenigstens 100 Einschreibbriefsendungen und zwar in größeren Mengen gleichzeitig zur Post liefern.

**Bezirksausschuss.** Sonnabend den 9. August, vormittags 9 Uhr, findet im Verhandlungssaal der Amtshauptmannschaft Leipzig eine öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses statt.

**Ein Sonderzug zu ermäßigten Fahrpreisen von Leipzig (Dresdner Bahnhof) nach Naumburg, Grimma und Leisnig, sowie nach Colditz und Stöckitz verkehrt am 10. August ab Leipzig (Dresdner Bahnhof) 6.52 vorm., Ankunft in Leisnig 8.04 vorm., in Stöckitz 8.28 vorm. Die Rückfahrt erfolgt 8.55 nachm. ab Stöckitz und 8.50 nachm. ab Leisnig. Näheres ergeben die Anschläge auf den vom Buge berührten Stationen, sowie an den öffentlichen Anschlagsäulen in Leipzig.**

**Bei dem verhafteten Baulisten Bösel sind von den unterschlagenen 6500 Ml. noch etwas über 4000 Ml. vor-gefunden worden.**

**Die Runde von einem schrecklichen Verbrechen durchsetzte gestern nachmittag die Stadt.** Ein achtjähriges jüdisches Schulmädchen, Namens Anna Klein, ist erdrosselt aufgefunden worden. Das Schauspiel, daß das arme Mädchen ermordet, soll es auch geschlechtlich missbraucht haben. Die im Ammonite dieser Nummer abgedruckte Bekanntmachung des Polizeiamts enthält das Ergebnis der bisherigen Feststellungen.

Nachdem die Unrat gestern nachmittag entdeckt worden war, bereiste in der inneren Stadt und namentlich in der Nähe des Ausstellungsortes des Leichnams große Aufregung. Kurze Zeit nach erfolgter Anzeige trafen der Polizeidirektor und mehrere Kriminalbeamte sowie Vertreter der Staatsanwaltschaft ein, um den Thalbestand aufzunehmen und die Ermittlungen einzuleiten. Noch gestern abend erschien an den Plakatkästen die polizeiliche Bekanntmachung, die auf die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 200 Ml. ausstellt.

Den L. N. R. wird zu dem grauenhaften Morde noch berichtet: "Die unglaubliche Anna Klein, die in der Familie Steiner, Nikolaistraße 27, III zu Hause war, wird geschildert als ein für ihr Alter stark entwidmetes Kind mit lachsrotem Haupthaar. Am Sonntag nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr wurde die Kleine von ihren Verwandten sowohl wie von anderen Leuten beobachtet, wie sie mit Altersgenossen auf der Nikolaistraße spielte. Um die dritte Stunde waren nur Kinder gesehen haben, wie ein junger Mensch in den zwanziger Jahren, der im Gesichte eine von der Rose aus über die eine Wange verlaufende Schmarre gehabt haben soll, sich der Klein genähert, mit ihr gesprochen und ihr ein Geldstück in die Hand gedrückt habe. Ein Junge behauptet sogar, es sei dies ein 50 Pf.-Stück gewesen. Der Fremde habe sich dann mit dem Mädchen noch weiter unterhalten und sich schließlich, ohne daß dies besonders aufgesessen wäre, mit ihm entfernt. Sonntag abend gegen 8 Uhr kehrte der Hausmann Müller des Grundstücks Salzgässchen 2 mit seiner Frau von einem Ausgange zurück, um Rücht in der Hausschlur sowohl wie im Hause anzutinden. Von dem Vorhandensein einer Kiste war in der Hausschlur um diese Zeit noch nichts zu bemerken. Wohl aber war dies der Fall, als man nach 10 Uhr das Licht wieder auslöschen und das Haus verschließen wollte. Man schenkte indes der Kiste keine besondere Beachtung, da es ja oft vor kommt, daß in den Fluren von Häusern, in denen sich Geschäftsställe befinden, Sachen, welche für die Geschäftsinhaber bestimmt sind, einstreifen eingestellt werden. Auch am gestrigen Vormittag achtete man der Holzkiste wenig und erst als in der zweiten Nachmittagsstunde der in dem Hause wohnende Firmenscheißer Herr Thomas bei näherer Anaugenscheinnahme Blut darans herborrieseln sah, schritt man zur Offnung der Kiste. Bei Abhebung des Deckels bot sich ein grauenhafter Anblick dar. Der Leichnam war offenbar für den Rauminhalt der Holzkiste zu groß gewesen. Man hatte die Tote infolgedessen mit Gewalt hineingewängt und hierbei waren dem Körper noch mehrfache Verletzungen zugefügt worden. Der Leichnam sowohl wie die inneren Rüstenvände waren über und über mit Blut bedekt. Ein um den Hals festgeschlungenen Binden deutete darauf hin, daß der Tod offenbar auf Erdrößelung zurückzuführen war. Man benachrichtigte sofort die Polizei, die dann die nötigen Anordnungen bezüglich der Überführung des kleinen Leichnams traf und die Untersuchung aufnahm.

**Eine Ausstellung von künstlerischem Wandgemälde und volkstümlichen Bildwerken veranstaltet der Arbeiterverein Leipzig Sonntag den 10. August in seinem neuen Heim, Nikolaistraße 8 und Nikolaistraße 12 und 13 im Mittelgebäude, 2 Treppen. Die Ausstellung umfaßt farbige Steinzeichnungen, Künstler-Lithographien aus dem Verlag von B. G. Teubner u. Voigtländer. Aber nicht nur die schon teilweise bekannten großen Wandbilder gelangen zur Ausstellung, sondern namentlich eine größere Zahl kleinerer, ganz neuer Bilder gelangen**

zum erstenmal öffentlich zur Ausstellung. Diese lehnen sich für die Wohnungen des Volkes ganz besonders zum Schmuck, da sie passendes Format, mit mäßigem Preis ver-einigen, vor allem aber sich durch künstlerische Darstellung auszeichnen und namentlich durch die Farbe das Auge erfreuen. Aus dem Verlag von Breitkopf u. Härtel sind „zeitgenössische Kunstdräle“ zur Verzierung gestellt. Es sind hier für einen mäßigen Preis Werke der besten Meister der deutschen Gräfelfunktion geboten. Wir nennen nur Hans Thoma, Wilhelm Steinhausen, Max Klinger, Otto Greiner u. a. Aber auch die „neuen Blätter“, volkstümliche Bilder mit Zeichnungen deutscher Künstler, bieten das Schöne viel. Die Buchhandlung der Leipziger Volkszeitung sorgt dafür, daß die Ausstellungen einer Reihe von Porträts aus dem Verlage des Vor-wärts vertreten sind. Ebenso werden die Meistersbilder aus dem Calwerischen Verlag, so die Böcklin- und Schwind-Mappen ausgestellt sein, aber auch Abhänges Meisterswerke in Engelbildern werden vertreten sein. Die Firma Blauau u. Gehler will für die besten Werke der photographischen Kunst sorgen. Alles in allem ist anzunehmen, daß trotz der künstlerischen Beschränkung der Ausstellung die besten Werke der deutschen Bilderkunst für das Volk vertreten sind, so daß der Besuch der Ausstellung anregend wirken kann. Der Besuch kann um so unbedenklicher jedermann empfohlen werden, als ein Eintrittsgeld nicht erhoben wird.

**Die Große Leipziger Straßenbahn hat die lästig empfundenen beschleunigenden Bestimmungen für Umsteigekarten aufgehoben und die früheren Vorschriften wieder in Kraft treten lassen. Eine entsprechende Bekanntmachung und die Beseitigung der in den Wagen angebrachten Plakate, die Umsteigekarten betreffend, steht zu erwarten.**

**Herr Dr. Boden teilt uns zur Verichtigung mit, daß es sich bei seinem kürzlich vor dem Oberlandesgericht verhandelten Prozeß nicht um ein Pflichtexemplar des von ihm bis Ende 1901 herausgegebenen Natur- und Volksarztes gehandelt habe, sondern um ein Pflichtexemplar des von ihm seit 1902 herausgegebenen Freien hygienischen Almanacs; ferner habe er auch nicht ganz allgemein das Vorgehen der Polizei ungezogen bzw. unstillhalt genannt, sondern er habe ausdrücklich – laut Gerichtsfeststellung – gefragt: "Wenn die Polizisten ohne Auftrag bei ihm ein Pflichtexemplar für die Polizei eingefordert haben, so finde er das ungezogen", welch letzteres Wort er auf des Kriminal-inspektors Stolzenberg Vorhalt, daß das strafbar sei, in "unstatisch" vorbestellt habe.**

**Arbeiterrisiko.** In der Kammgarnspinnerei von Sühr u. Co. ereigneten sich am letzten Sonnabend, also an einem einzigen Tage, nicht weniger als vier Unfälle. – In einer Chocolatenwarenfabrik in Neudorf geriet gestern vormittag ein 20 Jahre alter Arbeiter beim Auflegen eines Klemms auf die Scheibe mit dem linken Arm in die Welle, so daß er schwer verletzt wurde und mit Notverbänden versehen nach dem Stadtkrankenhaus übergebracht werden mußte. – Am Samstagabend zu Leipzigs Plagwitz stürzte dem 38 Jahre alten Arbeiter G. aus Kleinrochow ein gefüllter Kallottisch auf den Rücken, wodurch der Mann eine erhebliche Duvelschwung erlitt. – Auf einem Männerbade der Genossenschaftsbäder zu B. Börsig stürzte der 20 Jahre alte Kallotager Gustav Schleier aus Wölkern aus der Höhe eines Stockwerkes vom Gerüst herab. Der junge Mann erlitt dabei einen Rippenbruch und eine Verletzung des Schienbeines.

**Unfall.** Vor Beginn des Fischerstechens kam gestern nachmittag ein siebenjähriges Schulmädchen dadurch zu Schaden, daß ein Wertsachenfessel im Gedränge von einem Stande heruntergerissen wurde und das Kind am rechten Unterarm verletzt verblieb. Durch Verband wurde das Mädchen in die Wohnung ihres Pflegeelterns gebracht.

**Selbstmord.** In seinem Holzstall in der Clarastraße Alt-Niederschlesien erhängte sich heute früh ein Arbeiter (Name unbekannt) aus Seeligenstädt. Langdauernde Krankheit und Schwermut sollen Grund zur Entseelung gewesen sein.

**Beichensund.** In der alten Elster ist am 20. Juli der aus Neukirchen gebürtige Stellmacher Hugo Eberhard Wagner tot aufgefunden worden. Wagner hat davon gesprochen, daß er sich in Gohlis Wohnung suchen wollte und hat er jedenfalls keine Sachen, die bis jetzt nicht aufzufinden waren, irgendwo eingeschlossen. Mitteilungen hierüber sollte man beim Polizeiamt anbringen.

**Durchgebrannt.** Aus Halle a. S. ist der 26 Jahre alte Comptoirdealer Friedrich Seidel nach Unterschlagung von 900 Ml. flüchtig geworden.

**Alte Polizeinachrichten.** Wegen Bechbeitrugs mußte gestern ein 24 Jahre alter Arbeiter aus Kleinfort festgenommen werden. Dabei stellte sich heraus, daß die hiesige Staatsanwaltschaft denselben wegen Diebstahl steckbrieflich verfolgt.

In einem gestern von Berlin hier ankommenden Schnellzuge wurde ein Fahrgäst ohne Fahrkarte und ohne jede Geldmittel angetroffen und der Polizei übergeben.

Ein 24 Jahre alter Maler entwendete seinem Arbeitskollegen eine Uhr und verschwand damit aus der Fabrik. Der schon mehrfach vorbestrafte Dieb hat die Uhr sofort verkauft. Seine Verhaftung ist erfolgt.

Dasselbe Schicksal teilte ein 28 Jahre alter Kutscher aus Römer, der ebenfalls einem Kollegen in Schwarzenberg 140 Ml. entwendete.

## Soziale Rundschau.

### Sozialpolitisch.

**so. Der internationale Kongress der Rettungsgesellschaften,** der am 21. Juli in Nantes in Frankreich eröffnet wurde, hatte am 2. August seine Sitzungen beendet. Auf dem Kongress, der unter dem Ehrenvorsitz des französischen Marineministers tagte, waren außer Frankreich auch Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Vereinigte Staaten, Großbritannien und Italien vertreten. Wichtig waren die Verhandlungen der Sektion, die sich mit der Rettung Schiffbrüchiger zu beschäftigen hatte. Sie hatte die Mittel zu studieren, die geeignet sind, Unfälle zu verhindern und Schiffbrüchige zu retten. Es wurden eine Reihe Beschlüsse gefaßt, deren wichtigste wir hier wiedergeben. Der Kongress verlangt, daß die Schnelligkeit der Schiffe zur Zeit des Nebels durch internationale Vereinbarungen bestimmt werde. Es soll ein internationales Marinebureau begründet werden, welches bahnen zu richten hat, daß von allen Regierungen gleiche Reglements für Seeschiffe erlassen werden. Der Alkohol ist auf den Fischereifahrzeugen zu verbieten; alle Fischäume sollen einen geregelten Rettungsdienst einrichten. Der Schwimmunterricht soll in den Schulen obligatorisch gemacht werden. Der Vertreter der schwedischen Regierung teilte mit, daß der Schwimmunterricht in Schweden zwar nicht obligatorisch sei, daß er vom Staat aber subventioniert werde. Es sei sehr selten, daß in Schweden ein Kind angekommen werde, das nicht schwimmen könne.

### Gewerkschaftliches.

**bw. Ausstellung.** In Eupen, Rheinland, hat die Firma Koch-Becker, Cigarrenfabrik, ihre sämtlichen Arbeiterinnen ausgespiert. Die 50 Arbeiterinnen, Cigarrenarbeiterinnen und Sortiererinnen – männliche Arbeiter werden überhaupt in der Fabrik nicht beschäftigt – hatten sich dem örtlichen Tabarbeiterverband angeschlossen, und nun verlangt die Firma, daß sie der Organisation wieder den Rücken kehren sollen. Diese Summlung wurde von den Arbeiterinnen abgelehnt, und sucht die Firma nun Streikbrecher aus Baden heranzutragen oder aber ihre Waren dort fertig stellen zu lassen. Ein Beamter des örtlichen Tabarbeiterverbandes folgt dem Vertreter der Firma aber auf den Fersen und sucht die Abfuhr der Firma zu vereiteln.

**Vom amerikanischen Kohlenarbeiterstreik.** Der Verband der Kohlengrubenarbeiter verlor zwei Gruben, die vollständig in Betrieb sind. Für die nächste Woche ist die Eröffnung von drei weiteren Gruben von den Belegschaften in Aussicht genommen;

– Der Präsident des Verbandes, Mitchell, hielt eine Ansprache an 7000 Arbeiter, in der er zum Ausarbeiten ernannte.

so. Der außerordentliche Nationalkongress des belgischen Bergleute, der am 7. September in Charleroi stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: Allgemeine Agitation für Verkürzung der Arbeitszeit in allen Kohlengruben; Beschluß über Petitionen und Eingabe eines Gesetzentwurfs betreffend die Arbeitszeit an die Kammer; Unterabschluß für Bergarbeiter und Beschlußfassung über die Mittel, die selbe bei den gegebenen Körpern durchzuführen.

## Von Nah und Fern.

### Ausgestürzter Dampfschiffer.

**Berlin, 5. August.** Der Wiener Dampfschiffer Strohschnabel unternahm in Kiel, wie das Berliner Tageblatt von dort meldet, mit seinem Begleiter einen Rausfilet. Aus bedeutender Höhe plötzlich der Ballon in den Kriegshafen hinab, unweit des Panzers Kaiser Friedrich III. Der Geschwaderkapitän, Prinz Heinrich, ließ sofort Pinassen klar machen, bestieg davon eine Rettungswinde und schwamm das Dampfschiff erreicht.

### Rettung auf beweglichem Stuhl.

**London, 4. August.** Als die Rettung wird ein beweglicher Stuhl für den König hergestellt, der benutzt werden soll, wenn die auf eine Stunde abgesetzte Ceremonie dennoch den König allzu sehr ermüden sollte.

### Noch ein drohender Einsatz.

**Venedig, 5. August.** Die Angelichen, das der Falzago Meile durch den Hafen des Companie in Mitteldeutschland gegangen wäre, nehmen sich. Schon in den letzten Tagen wurde eine Erweiterung der Mauerreste wahrgenommen, und eiserne Dreiecke, welche die Mauersteine zusammenhalten sollten, brachen. Gestern Morgen stand man auch an der zweiten Seite, vom Companie aus gerechnet, Spülung, am dritten Vogen stand man Wasserschilde und Gefüße gebrochen. Der Sprung reicht bis zum Dache. Daß Krachen hätte nichts die Rettungswinde aufwecken können, daß sich neue Löcher bilden.

## Vermischtes.

**Entbeter Poeten.** Als Wilhelm II. dieser Tage auf der Rückreise von der Nordlandsfahrt die Stadt Emden besuchte, begrüßten ihn Ehrenjungfrauen, wobei die Tochter des Oberbürgermeisters ein Begeisterungsgebläse brachte. Schlußsatz lautete:

### Erfrischend waden königliches Tochter.

Hubligen bieten sie Willkommen und Glück.

Mögelt Du lange das Staatschiff noch unten,

Glorreich und immer mit Dampfampf vorwärts.

### Was ein Vogelnest wert ist.

Nehmen wir an, ein Vogelnest, ein Grasbüschel, Spaten- oder Rottichbündnisse, enthalte fünf Eier oder Junge. Jedes dieser Jungen braucht täglich, so schreibt die Tierchirurg-Korrespondenz, im Durchschnitt etwa 50 Stück Maupen und andere Insekten zur Nahrung, die ihm die Alten zutragen; macht täglich 250 Maupen. Die Nymphe dauert durchschnittlich 4–5 Wochen, wie wollen sagen 30 Tage; macht für das Nest 7500 Stück. Jede Nymphe frisst täglich ihr eigenes Gewicht an Blättern und Blüten. Gelebt, sie braucht, bis sie ausgefressen hat, auch 30 Tage, und frisst täglich nur eine Blüte, die eine Frucht abgegeben hätte, so frisst sie in 30 Tagen also 30 Obstfrüchte in der Blüte, und die 7500 Maupen zusammen fressen 225 000 Stück solcher Blüten. Ein Vogelnest rettet uns also 225 000 Stück Apfel-, Birnen-, Blaumen- oder Kirschblüten.

## Lebte Nachrichten.

**Paris, 5. August.** In der Bretagne, und besonders im Département Finistère, wo die bauerliche Bevölkerung seit zwei Wochen die geistlichen Schulen bewacht und wahre Barricaden errichtet hat, erwartet man die Schließung der Unstufen. In Landernau war seit 2. Uhr früh alles auf den Beinen. Adelig und Bauern hielten den Platz vor dem Stift St. Julian besetzt. In Rosnereau waren 1200 Personen mit Fackeln und Säcken bewaffnet angerückt. Die Schule nach St. Peter ist verbarrikadiert. Die Schließung erfolgte gestern nicht, da in Dörfern Markttag ist. Drei Compagnies Infanterie und 8 Compagnies Kavallerie truppen sind zur Abschaffung in die Dörfer bereit.

**Berlin, 5. August.** Der hier tagende Kongress des Verbands der Handelskrieger Deutschlands hat beschlossen, an den Reichstanzler eine Eingabe zu richten, wobei notwendig um Gewährung eines Befehls auf gärtnerische Erzeugnisse gebeten wird. Den Verhandlungen des Kongresses wohnte im Auftrage des Handelsministeriums ein Geheimrat bei.

### Quittung.

Beim unterzeichneten Komitee gingen im Monat Juli nach folgende Parteibeiträge ein:

St. R.	850.— M.
Westbezirk durch Genossen Illig	400.—
Westbezirk durch Genossen Schiebler	200.—
Südbezirk durch Genossen Kressler	150.—
Südbezirk durch Genossen Wöbel	300.—
Nordbezirk durch Genossen Fischer	100.—
Wahlverein Leipzig, 12. Kreis durch Kürze	400.—